



Ergebnispapier des Stakeholderdialogs zur Klimaanpassung

Welche Beteiligungsmethoden können Bürgerinnen und Bürger zur Vorsorge aktivieren?

Autor/innen:

Dr. Esther Hoffmann, Johannes Rupp, Bianca Möckel, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

September 2018

Veranstalter:

**Umwelt
Bundesamt**

KomPass
Kompetenzzentrum
Klimafolgen und Anpassung

Konzeption und Durchführung



i | ö | w

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Inhaltsverzeichnis

Tagesordnung des Stakeholderdialogs vom 19. April 2018	4
1. Einleitung	5
2. Einstieg in das Thema	7
2.1. Menschen aktivieren, um Klimaresilienz zu erreichen Sebastian Ebert, Umweltbundesamt	7
2.2. Methodenmix bei Beteiligungsprozessen Frank Ulmer, DIALOGIK.....	8
2.3. Innovative Ansätze zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern Stefan Löchtefeld, e- fect	9
3. Beispiele aus der kommunalen Anpassungspraxis	11
3.1. Hochwasserpass – Sensibilisierung vor Ort Georg Johann, HochwasserKompetenzCentrum e. V.....	11
3.2. Knackpunkte in der Beteiligung und Kommunikation Dr. Sven Fries, Stadtberatung Dr. Sven Fries und Maria-Theresia Kruska, Stadt Speyer	12
3.3. Stadtspiel und Film Recklinghausen Dr. Ulrich Eimer, EPC - Projektgesellschaft für Klima. Nachhaltigkeit. Kommunikation mbH (gemeinnützig) und Mateja Maric-Walsdorf, Stadt Recklinghausen.....	13
4. Diskussionsergebnisse der Arbeitsphasen	14
4.1. Ideenentwicklung für aktivierende Beteiligungsformate.....	14
4.2. Entwicklung exemplarischer Beteiligungskonzepte	16
4.2.1. Der Weg zu wasserresilienten Stadtvierteln: Von der Risikoanalyse zur Starkregen-/ Hochwasservorsorge (Köln)	17
4.2.2. Klimaanpassungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg	18
4.2.3. Hitzeaktionsplan Worms	19
4.2.4. Ziegenhagen: 14 Tage ohne Strom – Ein Dorf bereitet sich auf Umweltkrisen vor..	20
5. Plenardiskussion und Resümee	21
6. Anhang.....	25
6.1. Dokumentation der festgehaltenen Diskussionspunkte	25
6.1.1. Ideenentwicklung für aktivierende Beteiligungsformate	25
6.1.2. Entwicklung exemplarischer Beteiligungskonzepte	28
6.1.3. Plenardiskussion	30
6.2. Weiterführende Literatur zu Bürgerbeteiligungsprozessen	31
6.2.1. Methoden	31
6.2.2. Checklisten	39
6.2.3. Praxisbeispiele: Anpassung an den Klimawandel	40

Abkürzungsverzeichnis

APA	Aktionsplan Anpassung
APA II	Aktionsplan Anpassung II
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
DAS	Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel
DKD	Deutscher Klimadienst
DWD	Deutscher Wetterdienst
HKC	HochwasserKompetenzCentrum
IMA	Interministerielle Arbeitsgruppe Anpassungsstrategie
IÖW	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung
KomPass	Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung
NGO	Non-governmental organization (Nichtregierungsorganisation)
UBA	Umweltbundesamt

Tagesordnung des Stakeholderdialogs vom 19. April 2018

- | | |
|-------|---|
| 10:30 | Begrüßung und Einstieg in das Thema Sebastian Ebert, Umweltbundesamt |
| 10:40 | Einführung in den Workshop Dr. Esther Hoffmann, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung |
| 10:50 | Vortrag: Methodenmix bei Beteiligungsprozessen Frank Ulmer, DIALOGIK |
| 11:15 | Praxisbeispiel 1: Hochwasserpas – Sensibilisierung vor Ort Georg Johann, HochwasserKompetenzCentrum e. V. |
| 11:30 | Vortrag: Innovative Ansätze zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern Stefan Löchtersfeld, e-fect |
| 11:55 | Arbeitsphase: Ideenentwicklung für aktivierende Beteiligungsformate |
| 12:40 | <i>Mittagspause</i> |
| 13:40 | Vorstellung und Diskussion der Ideen |
| 14:10 | Praxisbeispiel 2: Knackpunkte in der Beteiligung und Kommunikation Dr. Sven Fries, Stadtberatung Dr. Sven Fries und Maria-Theresia Kruska, Stadt Speyer |
| | Praxisbeispiel 3: Stadtspiel und Film Recklinghausen Dr. Ulrich Eimer, EPC - Projektgesellschaft für Klima. Nachhaltigkeit. Kommunikation mbH und Mateja Maric-Walsdorf, Stadt Recklinghausen |
| 15:10 | <i>Kaffeepause</i> |
| 15:25 | Arbeitsphase: Entwicklung exemplarischer Beteiligungskonzepte |
| 16:25 | Zusammenführung der Ergebnisse |
| 16:45 | Plenardiskussion |
| 17:15 | Ende der Veranstaltung |

1. Einleitung

Im Rahmen des eintägigen Stakeholderdialogs „Welche Beteiligungsmethoden können Bürgerinnen und Bürger zur Vorsorge aktivieren?“ am 19. April 2018 in Berlin diskutierten 29 Teilnehmende aus Kommunal- und Regionalverwaltung, angewandter Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Beratung über die verschiedenen Ansätze und Methoden der Bürgerbeteiligung zur Klimaanpassung. Sie beleuchteten dabei Einsatzmöglichkeiten, Voraussetzungen und Hemmnisse einzelner Beteiligungsmethoden.

Der Stakeholderdialog ist Bestandteil der fortlaufenden Aktivitäten des Umweltbundesamtes (UBA) zur Partizipation und Information im Rahmen der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS). Seit 2009, einem Jahr nach Beschluss der DAS durch die Bundesregierung, wurden bisher 23 kleine und vier Nationale Dialogveranstaltungen durchgeführt. Dabei identifizierten und diskutierten die Teilnehmenden Chancen und Risiken der Klimaanpassung, Betroffenheiten und Handlungsoptionen in unterschiedlichen Sektoren (z. B. Energie, Verkehr, Logistik, Chemie), Handlungsfeldern (z. B. Naturschutz, Küstenschutz, Bevölkerungsschutz), räumlichen Ebenen (Metropolregionen, Kommunen) und Querschnittsthemen (z. B. Normung, berufliche Bildung, Risikomanagement, Bürgerbeteiligung)¹. Die Erkenntnisse aus den Stakeholderdialogen sind in die Fortschreibung des Aktionsplans Anpassung zur DAS (APA II) eingeflossen, der im Dezember 2015 als Anlage zum ersten Fortschrittsbericht² zur DAS von der Bundesregierung beschlossen wurde. Auch zukünftig sollen die Stakeholderdialoge sowohl für den Bund als auch die Länder Anregungen für die Ausgestaltung und Umsetzung von übergeordneten Maßnahmen und Instrumenten zur Klimaanpassung liefern. Darüber hinaus sollen sie zur Reflektion der Wirksamkeit von eigenen Aktivitäten beitragen sowie Hinweise auf Unterstützungsbedarfe von verschiedenen Akteursgruppen geben. Insgesamt dient das Dialogformat dem konstruktiven Austausch der jeweils themenspezifisch für den Anpassungsprozess in Deutschland relevanten Akteure.

Bei der klimaresilienten und nachhaltigen Gestaltung von Städten und Regionen müssen viele Akteure kooperieren. Hierbei bieten Beteiligungsprozesse viele Chancen:

- Sie schaffen ein Bewusstsein für die Folgen des Klimawandels,
- helfen Maßnahmen direkt vor Ort zu entwickeln und zu bewerten,
- bieten Raum zur Verständigung über gesellschaftliche Ziele für eine klimaresiliente Stadt oder Region und
- verhindern oder lösen mögliche Konflikte.

Das Beteiligungsthema stand bereits beim Nationalen Dialog „Gemeinsam sind wir klimaresilient – Wie Beteiligung in Städten und Gemeinden gelingt“ im Fokus. Dieser fand vom 27. bis 28. Juni 2017 im Umweltbundesamt in Dessau-Roßlau statt. In der Beurteilung der Veranstaltung äußerten die Teilnehmenden den Wunsch, mehr über Beteiligungsmethoden zur Aktivierung und Mobilisierung von Bürgerinnen und Bürgern zu Themen der Klimaanpassung zu erfahren. Das UBA griff diesen Wunsch mit dem Stakeholderdialog „Welche Beteiligungsmethoden können

¹ Unter www.anpassung.net sind sowohl die Dokumentationen der Dialoge als auch fachliche Kurzexpertisen zu Klimawandelfolgen und Anpassungsoptionen in den jeweiligen Sektoren und Handlungsfeldern veröffentlicht.

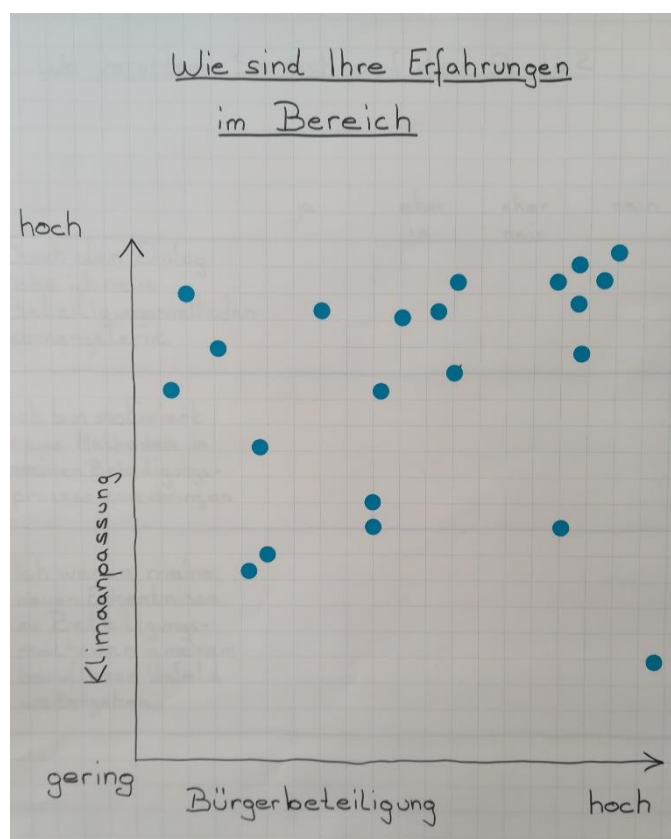
² Bundesregierung (2015): Fortschrittsbericht zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Aufrufbar unter http://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/fortschrittsbericht_anpassung_klimawandel_bf.pdf.

Bürgerinnen und Bürger zur Vorsorge aktivieren?“ aktiv auf. Ebenso wurde im Nachgang des Nationalen Dialogs eine Checkliste mit Erfolgsfaktoren für eine gelingende Beteiligung erstellt³. Verantwortlich für die Konzeption und Durchführung des Stakeholderdialogs sowie die Erstellung der Checkliste war im Auftrag des UBA das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW).

Vorerfahrungen der Teilnehmenden

Gemäß einer zu Beginn der Veranstaltung abgefragten Selbsteinschätzung verfügen die Teilnehmenden über mittlere bis hohe Vorerfahrungen im Bereich der Klimaanpassung. Im Bereich der Bürgerbeteiligung war die Spannbreite der Vorerfahrungen größer. Diese erstreckte sich von niedrig bis hoch. Um zu dieser Einschätzung zu gelangen, wurden die Teilnehmenden gebeten, sich bezüglich zwei Einstiegsfragen auf einem Koordinatenkreuz zu verorten (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Selbsteinschätzung der Teilnehmenden zu Vorerfahrungen in den Bereichen Klimaanpassung und Bürgerbeteiligung



Die ermittelte Einschätzung verdeutlicht, dass in etlichen Institutionen noch Weiterbildungsbedarf zum Thema Bürgerbeteiligung besteht. Diese Einschätzung spiegelt keine allgemeingültige Tendenz wider, sondern ist vielmehr durch die Zusammensetzung der Teilnehmenden des Dialogs bestimmt.

Struktur des Ergebnisapiers

Im vorliegenden Ergebnispapier der Dialogveranstaltung sind sowohl die Impulsvorträge zum Einstieg in das Thema (Kapitel 2) als auch zu Beispielen aus der kommunalen Anpassungspraxis

³ Die Checkliste mit Erfolgsfaktoren für eine gelingende Beteiligung sowie die Dokumentation des Nationalen Dialogs sind unter <https://www.umweltbundesamt.de/service/termine/nationaler-dialog-gemeinsam-sind-wir-klimaresilient> veröffentlicht.

(Kapitel 0) zusammengefasst. In Kapitel 4 geht das Ergebnispapier auf die relevanten Diskussionsergebnisse der zwei Arbeitsphasen des Stakeholderdialogs ein. Die erste Arbeitsphase befasste sich mit der Ideenentwicklung für aktivierende Beteiligungsformate, die zweite Arbeitsphase mit der Entwicklung exemplarischer Beteiligungskonzepte. Zum Ende des Ergebnispapers wird in Kapitel 5 die abschließende Plenardiskussion wiedergegeben. Diese befasste sich mit den Fragen: Wie können Beteiligungsprozesse verstetigt werden? Wie kann eine kommunale Beteiligungskultur entwickelt werden? Wie kann die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und lokalen Initiativen verbessert werden? Ebenso wird in diesem Kapitel der Stakeholderdialog nochmals zusammengefasst.

Möchten Sie weitere Anregungen für die Planung und Umsetzung von eigenen Beteiligungsprozessen erhalten, empfiehlt sich der Quellenkatalog zu Bürgerbeteiligungsprozessen in Kapitel 6.2 im Anhang. Darin sind verschiedene Publikationen und Links zu Methoden, Checklisten und Praxisbeispielen zu Projekten unter Berücksichtigung der Beteiligung in der Klimaanpassung zusammengestellt.

Das vorliegende Ergebnispapier und die Vorträge zum Einstieg und zu den Praxisbeispielen sind über die Internetseite <https://www.umweltbundesamt.de/service/termine/stakeholderdialog-welche-beteiligungsmethoden-0> als PDFs abrufbar.

2. Einstieg in das Thema

Der erste Teil der Veranstaltung diente dazu, den Teilnehmenden über verschiedene Vorträge einen Einstieg in das Thema Klimaanpassung und Beteiligungsmethoden zu geben.

2.1. Menschen aktivieren, um Klimaresilienz zu erreichen | Sebastian Ebert, Umweltbundesamt

Zur Einführung in die Veranstaltung gab **Sebastian Ebert** einen Einblick in die Thematik der Klimaresilienz und -anpassung. Mit der Klimaresilienz ist die Robustheit und Lernfähigkeit eines Systems gemeint. Diese umfasst die Robustheit von Ökosystemen, Siedlungs- und Infrastrukturen sowie der Gesellschaft und Wirtschaft gegenüber Klimafolgen sowie die Lernfähigkeit der handelnden Akteure (Verwaltung, Politik, Unternehmen, Verbände, Vereine, Bürgerinnen und Bürger, Wissenschaft). Hier setzt die Aktivierung von Menschen an. Aktivierung kann das lokale historische Wissen und kulturelle Identitäten nutzbar machen, um Anpassungsmaßnahmen direkt vor Ort zu erdenken und umzusetzen. Um die Klimaresilienz in Deutschland zu verbessern, setzen der Bund und die Länder rechtliche, ökonomische und informatorische Rahmenbedingungen. Die Planung und Umsetzung von konkreten Maßnahmen erfolgt letztlich auf kommunaler Ebene. Wenn Kommunalverwaltungen oder andere Initiativen an den Lebenswelten der Akteure vor Ort ansetzen, kann die gemeinsame Betroffenheit gegenüber Klimafolgen, z. B. in Nachbarschaften, gut verdeutlicht werden. Darüber hinaus werden durch Aktivierungsmethoden gemeinsame Lernprozesse initiiert, die Akteure zum Handeln und zur Eigenvorsorge motivieren.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) und das UBA fördern Aktivierungsprozesse über verschiedene Austauschformate und Klimaanpassungsdienste, die sich an Kommunen richten. Sebastian Ebert ging in seinem Einstieg auf eine Reihe von Formaten und Projekten des Bundes ein: Stakeholderdialoge mit ca. 30 teilnehmenden Akteuren aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und der Wissenschaft

fördern den themenbezogenen Austausch. Nationale Dialoge dagegen, mit über 100 Teilnehmenden, thematisieren neue klimawandelbedingte Herausforderungen und Erfordernisse, teilweise für unterschiedliche Branchen und Handlungsfelder. Die Teilnehmenden entwickeln hier unter anderem Empfehlungen zur Anpassung. Ein weiteres Beispiel für Beteiligungsformate des Bundes ist die Durchführung von Kooperationsbörsen⁴. Diese verfolgen das Ziel, verschiedene Akteursgruppen in einer Region für gegenwärtige und zukünftige Auswirkungen des Klimawandels zu sensibilisieren und zu vernetzen, insbesondere um gemeinsam praxisnahe Ideen zur Klimaanpassung zu entwickeln und im Nachgang auch umzusetzen. Ein Beispiel für Beteiligung im internationalen Kontext ist das Projekt „GoApply“⁵. Im Zuge der Förderung der Stakeholder-Partizipation auf lokaler und regionaler Ebene wird in diesem Projekt als ein Ergebnis ein Kriterienkonzept für gute Beteiligungspraxis und eine Broschüre mit innovativen Beispielen zur Beteiligung im Alpenraum erarbeitet; unter anderem mit Verweis auf die Anwendung von Aktivierungs- und Beteiligungsformaten in den Pilotregionen Allgäu und Lombardei. Aktuell läuft zudem im Auftrag des UBA das Projekt „Regen // Sicher//“, in welchem in den drei Kommunen Worms, Bad Liebenwerda/Elsterwerda und Lübeck innovative und informelle Beteiligungsprozesse zur Starkregenvorsorge durchgeführt werden. Dabei sollen Anwohnerinnen und Anwohner, Bürgerinnen und Bürger sowie verschiedene Interessengruppen und lokale Stakeholder durch eine aktive Auseinandersetzung mit dem Thema Starkregen zur Eigenvorsorge und Eigeninitiative motiviert werden. Ein zentrales Augenmerk liegt auf der Frage, inwieweit sich der Grad der Mitgestaltungsmöglichkeit auf das Aktivierungspotenzial von Beteiligungsformaten auswirkt. Weitere Unterstützung, um sich über Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren, bieten Klimaanpassungsdienste des UBA und zwar der „Klimalotse“⁶ und die „Tatenbank“⁷. So stellt der Klimalotse einen Online-Leitfaden für kommunale Akteure zur Verfügung, um diese schrittweise zur Entwicklung von kommunalen Anpassungsstrategien zu befähigen. Die Tatenbank dagegen beinhaltet mehr als 140 Beispiele guter Praxis unterschiedlicher Akteure. Zielgruppe sind Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, Unternehmen und NGOs. Abschließend verwies Herr Ebert auf die Fördermöglichkeiten des BMU. Diese sehen unter anderem die Förderung der Entwicklung von Anpassungskonzepten für Unternehmen, Bildungskonzepten für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Entscheidungsträgerinnen und -träger sowie von kommunalen Leuchtturmprojekten vor⁸. Insbesondere die Förderung kommunaler Leuchtturmprojekte eignet sich, um Bürgerinnen und Bürger in deren Entwicklung und Umsetzung einzubinden.

2.2. Methodenmix bei Beteiligungsprozessen | Frank Ulmer, DIALOGIK

In seinem Vortrag gab Frank Ulmer von DIALOGIK einen Überblick über generalisierte Voraussetzungen für eine erfolgreiche Methodenentwicklung. Er betonte die wichtigen Punkte, die bei Bürgerbeteiligungsverfahren beachtet werden müssen. Zunächst ist es elementar sich zu verdeutlichen, warum, d. h. mit welchem Ziel, eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden soll. Diese allein aus Selbstzweck durchzuführen, führt nur zu Enttäuschungen und sollte vermieden werden. Darüber hinaus ist es wichtig, die Haltung der eigenen Institution in Hinblick auf die Beteiligung zu prüfen, ebenso wie die Methoden. Auch sollten die Möglichkeiten und Grenzen der

⁴ Bisher haben Kooperationsbörsen in Bremerhaven, Essen, Karlsruhe, Frankfurt/Main, Kurstadtregion Elbe-Elster und in der Region Allgäu stattgefunden. Weitere Infos, siehe www.kooperation-anpassung.de.

⁵ Weitere Informationen, abrufbar unter www.alpine-space.eu/projects/goapply/en/home.

⁶ Weitere Informationen, abrufbar unter www.umweltbundesamt.de/klimalotse.

⁷ Weitere Informationen, abrufbar unter www.umweltbundesamt.de/tatenbank.

⁸ Die Antragstellung erfolgt zweistufig. Projektskizzen können für 2018 vom 01. August bis 31. Oktober eingereicht werden, siehe <http://www.pti.de/folgen-klimawandel>.

Beteiligung vorab geklärt werden, um einen nicht zu bewältigenden Arbeitsaufwand zu vermeiden. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor ist laut Frank Ulmer ein klares Mandat und das Aufzeigen der Grenzen der Beteiligung. Gleiches gilt für die Bereitstellung von ausreichend Ressourcen sowie die Gewährleistung einer professionellen Begleitung seitens der Auftraggeber. Außerdem ist eine konstruktive Haltung seitens der Beteiligten entscheidend. Beteiligungsprojekte sollten seiner Meinung nach nicht nach immer demselben Schema durchgeführt werden. Jeder Beteiligungsprozess ist ein Unikat und muss auch als solches behandelt werden. Dies ist auch bei der Methodenwahl relevant, in Abhängigkeit vom Beteiligungsformat und Beteiligungsziel. Günstig ist in einer frühzeitigen Phase eines Beteiligungsprozesses das Anlegen einer Themen- und Akteurslandkarte. Diese ermöglicht, sich einen Überblick über die verschiedenen thematischen Schwerpunkte und die zugehörigen Akteure zu verschaffen. In seinem Vortrag ging Herr Ulmer zudem auf wesentliche Unterschiede von Online- und Offline-Beteiligung ein. Er betonte diesbezüglich, dass insbesondere eine Online-Beteiligung nie als repräsentative Bürgerbeteiligung angesehen werden könne. Seinen Vortrag schloss er mit der Aussage, dass trotz der Schwierigkeiten, die eine Bürgerbeteiligung mit sich bringen kann, für ihn eine frühzeitige Beteiligung eine große Chance für Innovationskraft, Zukunftsfähigkeit und eine nachhaltige Stadtentwicklung darstellt.

Im anschließenden Diskussionsteil thematisierten die Teilnehmenden, warum in konfliktgeladenen Beteiligungsvorhaben eine geringe Medienöffentlichkeit ein Erfolgsfaktor sein kann. Ist diese hoch, so kann es zu einer Verzerrung der Wirklichkeit kommen oder ein „Schaulaufen“ der Akteure auslösen. Förderlich hält Frank Ulmer in Konfliktsituation die Gewährleistung einer hohen Transparenz. Seine Erfahrungen zeigen, dass die Medien kein konstruktives Interesse an einer Konfliktschlichtung haben. Als Beispiel verwies er auf die dargestellte Konfliktlage auf Phoenix-TV im Fall von „Stuttgart 21“. Mithilfe einer eigenen Internetseite zu Kommunikationszwecken zwischen den Verantwortlichen und der Bevölkerung sowie der Presse kann beispielsweise die nötige Transparenz sichergestellt werden, ohne die Inhaltshoheit zu verlieren.

2.3. Innovative Ansätze zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern | Stefan Löchtefeld, e-fect

Stefan Löchtefeld von e-fect stellte in seinem Vortrag innovative Ansätze zur Aktivierung der Bürgerschaft vor. Der Vortrag basiert auf Erkenntnissen des durch das UBA beauftragten Projekts „Regen // Sicher //“ (siehe auch Kap. 2.1)⁹. Idealtypisch führen Beteiligungsformate bei den Teilnehmenden zu Eigenvorsorgemaßnahmen. Laut Stefan Löchtefeld lässt sich diese These aufgrund der gemachten Erfahrungen in der Praxis allerdings nicht bestätigen. Innerhalb des Projekts „Regen // Sicher //“ soll daher untersucht werden, inwiefern Bürgerinnen und Bürger durch aktivierende Beteiligungsformate eine bewusste Entscheidung für oder gegen Eigenvorsorgemaßnahmen treffen. Laut ihm kann es nicht Ziel einzelner Aktivitäten sein, Bürgerinnen und Bürgern den eigenen Vorsorgewillen aufzuzwingen. Vielmehr muss auch akzeptiert werden, wenn eine bewusste Entscheidung gegen Vorsorge getroffen wird. Beeinflusst wird die Motivation für Vorsorgehandeln in vielen Fällen durch eigene Schadenserfahrungen, negative Emotionen oder persönliche Risikowahrnehmungen. Darüber hinaus spielen die gemeinsame Vorsorgeverantwortung von Staat und Bevölkerung, kollektive Vorsorgeüberzeugungen, die lokale

⁹ Hintergründe zum Projekt, siehe https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/2017-08-31_climate-change_20-2017_motivation-eigenvorsorge.pdf

Identität und soziale Eingebundenheit der Akteure eine bedeutende Rolle für Vorsorgehandlungen. Die Bevölkerung kann durch Beteiligungsformate, Kampagnenplanung und umweltpsychologische Interventionen, d. h. durch verhaltensändernde Techniken, aktiviert werden, so Stefan Löchtefeld. Als Beispiele nannte er Ansätze zur Aktivierung in der Starkregenvorsorge wie Informationen über Handlungsmöglichkeiten (bspw. im Rahmen thematischer Nachbarschaftsfeste, mobiler Erfahrungsräume), dialogische Angebote (z. B. Stadtteilexkursionen, Regenwassertouren), zielgruppenspezifische Ansätze (d. h. Generationengespräche, Information für Hausbauende/ -sanierende) und Beratungsansätze (bspw. Peer-2-Peer-Beratung, Nachbarschaftsberatung).

Laut Stefan Löchtefeld kann es gesellschaftlich betrachtet sinnvoll sein, mehrere Belange der Klimaanpassung wie z. B. Starkregenschutz und Hitzeanpassung oder auch Hochwasserschutz unter dem Dach der Nachhaltigkeit zu bündeln, anstatt sie unter verschiedenen Bezeichnungen „in Konkurrenz“ zueinander treten zu lassen. Als Beispiel nannte er den Umgang mit Hochwasser und Starkregen im Zuge der Klimaanpassung. Ein integrativer Ansatz ist aber nicht zwingend sinnvoll, wie das Beispiel des Projekts „Regen // Sicher //“ zeigt. In Worms ist sowohl das Thema Starkregen als auch das Thema Hitze relevant, wohingegen Letzteres in Lübeck weniger problematisch ist. Stefan Löchtefeld hält diesbezüglich fest, dass fokussierte Ansätze, beispielsweise über die Konzentration auf ein Thema, die Bearbeitung sowie die Evaluation der erfolgten Aktivitäten erleichtern.

In der anschließenden Diskussion befassten sich die Teilnehmenden mit der Art und Weise der Einbindung von Betroffenen auf Bürgerbeteiligungsveranstaltungen. Betroffene können durch geschaltete Aufrufe in Zeitungen oder anderen Medien erreicht oder auf der Straße angesprochen werden. Generell sollten prioritär lokal Betroffene eingebunden werden. Die Einbindung kann beispielsweise über eine Interviewsituation erfolgen. Darüber können Informationen gebündelter abgefragt und im Vergleich zu einem Vortrag den Betroffenen die Nervosität genommen werden. Darüber hinaus kann lokale Betroffenheit zudem über eine „Erinnerungskultur“ in Form von Denkmälern oder Mahnmalen in der Bevölkerung erreicht werden. Die damit verbundenen Informationen helfen, das Geschehene (z. B. Starkregen- oder Hochwasserereignisse) in Erinnerung zu behalten. Dies ist insbesondere nach Großereignissen der Fall, wie bei der 1963er Flut in Hamburg oder durch Personen, die über eigene Erfahrungen davon berichten. Eine Teilnehmerin bemerkte allerdings, dass darauf geachtet werden muss, dass keine „Inflation“ von bestimmten Erinnerungsformen entsteht.

3. Beispiele aus der kommunalen Anpassungspraxis

Neben den Impulsvorträgen zum Einstieg in das Thema wurde den Teilnehmenden das Thema des Stakeholderdialogs zudem über drei Beispiele aus der kommunalen Anpassungspraxis veranschaulicht.

3.1. Hochwasserpas – Sensibilisierung vor Ort | Georg Johann, HochwasserKompetenzCentrum e. V.

Im Vortrag von [Georg Johann](#) vom HochwasserKompetenzCentrum (HKC) stand der im eigenen Haus entwickelte Hochwasserpas im Vordergrund. Nach einem Überblick über Hochwassergefahrenzonen in Deutschland stellte Herr Johann kurz das HKC vor. Neben der Ausstellung des Hochwasserpases sind die Bereitstellung des HKC-Hochwasserinfomobils sowie die Durchführung der Hochwasserschutz-Olympiade weitere wichtige Ansätze, mit denen das HKC Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Maßnahmen, die sie zur Eigenvorsorge ergreifen können, veranschaulicht. Dadurch können die von Hochwasserrisiko Betroffenen schadensmindernde Vorsorgemaßnahmen direkt an ihrem Objekt realisieren, unabhängig von der übergeordneten Planung. In seinen Ausführungen betonte Herr Johann, dass nur ein Teil des Hochwasser- und Starkregensrisikos durch eine Elementarschadenversicherung abgedeckt ist. Diese deckt nämlich keine Ansammlung vieler kleiner Starkregenschadensereignisse ab, worüber sich viele Bürgerinnen und Bürger nicht bewusst sind. Für die Minderung des Risikos sind daher die privaten Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer, der Wasserverband und die Kommune zuständig. Bei der Einschätzung des eigenen Risikos leistet der durch Herrn Johann vorgestellte Hochwasserpas eine wichtige Hilfestellung. Der Pas ist auf vier Hochwassergefahren (Flusshochwasser, Starkregen, Kanalarückstau, Grundhochwasser) ausgelegt. Für spezifische Regionen ist es möglich, weitere Hochwassergefahren (z. B. Deichbruch an Küsten) in den Hochwasserpas zu integrieren, so Herr Johann.

Im Anschluss an seinen Vortrag ergänzte Herr Johann auf Nachfrage, dass sämtliche Informationen auf der Internetseite des HKC frei zugänglich und unentgeltlich verfügbar sind. Die Ausstellung des Hochwasserpases, die eine Bewertung des Gebäudes durch einen Fachkundigen voraussetzt, wird dagegen in Rechnung gestellt. Im Hochwasserpas werden dafür das Gefahrenlevel mit und ohne realisierten Maßnahmen sowie die Gefahrenquellen visualisiert. Dieser kann in jedem Gebäude und Kleingewerbe angewendet werden. Der Hochwasserpas kann zudem für Bürgerinnen und Bürger den Vorteil erweisen, geringere Versicherungsbeiträge zu zahlen, wenn entsprechende Anpassungsmaßnahmen am eigenen Haus getroffen wurden und dokumentiert sind. Ein Teilnehmender merkte diesbezüglich an, dass geringere Versicherungsbeiträge nicht das Hauptziel sein sollten, sondern ethische Werte wie das Grundrecht auf Wohnen zu schützen. Laut Herr Johann stellt der Hochwasserpas, auch durch die Einbindung von Sachkundigen, einen guten Grundstein der Hochwasservorsorge in Kommunen dar. Mit der Ausstellung des Hochwasserpases kann auch der Praxis einiger Kommunen entgegengewirkt werden, eigene bereits erarbeitete Gefahrenkarten nicht zu veröffentlichen. In Summe bietet der Hochwasserpas laut Herrn Johann eine flexible Herangehensweise zur Hochwasservorsorge. Diesbezüglich existieren eine Reihe von Kooperationen, auch über die Grenzen Deutschlands hinweg. Ziel dieser Kooperationen sollte es sein, den Hochwasserpas langfristig in den zentralen Planungsverfahren fest zu integrieren.

3.2. Knackpunkte in der Beteiligung und Kommunikation | Dr. Sven Fries, Stadtberatung Dr. Sven Fries und Maria-Theresia Kruska, Stadt Speyer

Dr. Sven Fries und Maria-Theresia Kruska gingen in ihrem Vortrag auf einzelne Knackpunkte in der Beteiligung und Kommunikation zur Klimaanpassung in Speyer anhand des Projekts „Klimawandelfolgen Speyer – Integriertes Konzept und innovative Strategie zur Anpassung“ ein. Bei dem Projekt handelte es sich um die partizipative Erarbeitung eines ganzheitlichen und datenbasierten Konzepts zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Speyer. Für Speyer als Pilotkommune – stellvertretend für eine mittelgroße Stadt – wurden in diesem Prozess verschiedene Handlungsfelder und -optionen priorisiert. Dazu wurden Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie weiterer relevanter Institutionen (z. B. des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Kompetenzzentrums für Klimawandelfolgen Rheinland-Pfalz, Landesamts für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht) und aus der Zivilgesellschaft (z. B. des Stadtteilvereins Speyer West) aus Speyer und der Region in das Vorhaben eingebunden. Bürgerinnen und Bürger der Stadt konnten zudem über eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit erreicht und sensibilisiert werden. Ziel der Beteiligungsformate war es, einzelne relevante Handlungsfelder und -optionen herauszuarbeiten und die Eigenvorsorge der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Hervorzuheben ist in diesem Prozess die Sicherstellung der ämterübergreifenden Zusammenarbeit der Verwaltung und die erfolgreiche Ansprache wichtiger Akteure. In diesem Zusammenhang ermöglichte die professionell aufgesetzte Öffentlichkeitsarbeit und Projektstruktur, dass das Klimaanpassungsthema im Vergleich zu Konkurrenzthemen über die Zeit nicht an Relevanz verlor. So wurde beispielsweise zum Thema Hitze in Speyer ein Film gedreht und eine Karikatur in Auftrag gegeben. Dadurch konnten an besonders heißen Tagen verschiedene Medien, auf der Suche nach passendem Material, angesprochen werden.

Die Abstimmung des Beteiligungsmanagements und der Beteiligungsformate auf die unterschiedlichen Zielgruppen war ein weiterer Erfolgsfaktor. Dies fand Berücksichtigung bei der Auftaktveranstaltung und Zwischenbilanzkonferenz, bei Workshops und Informationsveranstaltungen, beim Schülerprojekt „Klimadetektive“ sowie bei studentischen Arbeiten. Aufgrund der hohen Komplexität des Projekts erfolgte im Projektverlauf ferner eine Fokussierung auf einzelne Formate, mit dem Ziel, die erlangten Erkenntnisse zu verstetigen. Dies ist beispielsweise beim Schülerprojekt „Klimadetektive“ erfolgreich gelungen. Über das Projekt „KlimaWEST“ des Stadtteilvereins Speyer West soll das entwickelte Format weitergeführt werden. In ihren Ausführungen betonten Herr Fries und Frau Kruska abschließend, dass für weitere Projektvorhaben genügend Zeit und Raum für die Informationsvermittlung und Kommunikation eingeplant werden sollte. Eine Auftaktveranstaltung sollte beispielsweise nie direkt zu Beginn eines Vorhabens angesetzt werden. Vielmehr sollten sich alle Akteure zunächst auf gemeinsame „Spielregeln“ einigen. Außerdem empfiehlt es sich laut Herrn Fries und Frau Kruska, die geplanten Aktivitäten in Kooperation mit lokalen Akteuren umzusetzen und daher bei der Planung vorab eine Zielgruppenanalyse durchzuführen und geeignete Beteiligungsmethoden auszuwählen. Dabei sollten bestehende Strukturen aufgegriffen und lokale Gegebenheiten berücksichtigt werden. Wichtig sei bei der Planung, sich dessen bewusst zu sein, dass es nicht das EINE Konzept für gute Bürgerbeteiligung gibt. Zu berücksichtigen sei bei den geplanten Aktivitäten auch die Größe der Kommune. D. h. in kleineren Kommunen sollte der Fokus zunächst nur auf eines oder wenige Handlungsfelder und -optionen gelegt werden.

In der anschließenden Diskussion setzten sich die Teilnehmenden mit der Umsetzung der vorgestellten Anpassungsmaßnahmen auseinander. Insgesamt konnte durch die realisierten Beteiligungsformate eine veränderte Diskussionskultur in Speyer beobachtet werden. Auch diskutierten die Teilnehmenden im Anschluss an den Vortrag die Rolle von Stadtplanerinnen und -planern in Zusammenhang mit den Themen Klimaschutz und -anpassung. Unter den Teilnehmenden gab es dazu verschiedene Sichtweisen. Einerseits sind diese Themen laut einzelner Teilnehmender für diesen Personenkreis nicht prioritär, andererseits sind laut eigenen Erfahrungen anderer Teilnehmender Stadtplanerinnen und -planer in vielen Fällen die treibende Kraft für die Entwicklung dieser Themen. Dies gilt besonders für jüngere Kolleginnen und Kollegen.

3.3. Stadtspiel und Film Recklinghausen | Dr. Ulrich Eimer, EPC - Projektgesellschaft für Klima. Nachhaltigkeit. Kommunikation mbH (gemeinnützig) und Mateja Maric-Walsdorf, Stadt Recklinghausen

Im Vortrag von [Dr. Ulrich Eimer](#) und [Mateja Maric-Walsdorf](#) stellten diese das Stadtspiel und den Film zur Klimaanpassung in Recklinghausen vor. Laut den beiden Vortragenden ist das Thema der Klimaanpassung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, bedarf es bei der Planung und Umsetzung von verschiedenen Anpassungsmaßnahmen der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern. Um diese dafür zu motivieren ist die Bereitstellung von passgenauen Informationen notwendig. Der produzierte Film und das entwickelte Stadtspiel sind zwei eigens entwickelte Formate, um die Bevölkerung in der Stadt Recklinghausen für das Thema der Klimaanpassung zu gewinnen. Der Film dient zunächst als leichter Einstieg in das Thema. Zudem vermittelt er durch eine Reihe von Interviews mit verschiedenen Bürgerinnen und Bürgern ein Meinungsbild der Bevölkerung gegenüber dem Klimawandel und seinen Folgen. Dies ist hilfreich für die Arbeit der Verwaltung. Mit dem Film ist es somit möglich ein für viele Personen sperriges Thema der Bevölkerung näher zu bringen sowie die gesammelten Informationen zur Klimaanpassung unter den Akteuren in der Kommune zu streuen. Herr Eimer und Frau Maric-Walsdorf betonten auch, dass Teile der Interviews aus dem Film als Aufhänger für die Diskussion einzelner Aspekte innerhalb von Workshops zukünftig genutzt werden können.

Vergleichbar zum Film stand im Fokus des entwickelten Stadtspiels die Sensibilisierung und Mobilisierung der Bevölkerung. Dafür nahmen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger für verschiedene Stadtteile in Recklinghausen Raumbewertungen und Betroffenheitschecks vor. Auf kreative und spielerische Art und Weise konnte durch das Spiel ein Bewusstsein für die Auswirkungen des Klimawandels auf die verschiedenen Räume im Stadtgebiet geschaffen werden. Eine erfolgreiche Verstetigung erfolgte mittlerweile durch die Integration des Stadtspiels in Stadtführungen der Volkshochschule Recklinghausen. Neben dem Film und Stadtspiel ließ die Stadtverwaltung in Recklinghausen auch Postkarten zum Thema Klimaanpassung entwickeln. Diese lagen in öffentlichen Einrichtungen und Bars aus, mit dem Ziel, ebenfalls die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf das Thema zu lenken. Die Postkarten dienen als Mittel des Wissenstransfers und der Informationsweitergabe zwischen Bürgerschaft und Verwaltung. Auch sollen sie zur Verbesserung der Transparenz gegenüber dem Thema und zur Förderung von Diskussionen zum Thema beitragen. Abschließend betonten Herr Eimer und Frau Maric-Walsdorf in ihrem Vortrag, dass die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern grundsätzlich zu einer erhöhten Akzeptanz und einer Verbesserung der Vertrauensbasis gegenüber Aktivitäten der Klimaanpassung führen kann. Mit unterschiedlichen Beteiligungsmethoden sollten entsprechende Bemühungen unternommen werden. Dabei sollte über eine zielgruppenspezifische Einbindung der Bürgerschaft

idealerweise auch die Kooperation mit der Verwaltung und die Verstetigung von erfolgreichen Aktivitäten inner- und außerhalb der Verwaltung gefördert werden, so Herr Eimer und Frau Maric-Walsdorf.

Im Anschluss an den Vortrag diskutierten die Teilnehmenden die Wahrnehmung von Vertreterinnen und Vertretern der Verwaltung auf manche Aussagen der interviewten Bürgerinnen und Bürger. Um einer möglichen Einflussnahme auf die Inhalte von Filmen durch Entscheidungsträgerinnen und -träger entgegenzutreten, sei es denkbar, so Herr Eimer, einzelne kritische Aussagen offen zu thematisieren. Gleichzeitig sei es aber auch wichtig anzuerkennen, dass Diskrepanzen in der Sichtweise einzelner Aussagen innerhalb der Verwaltung oder auch innerhalb einzelner Abteilungen bestehen können. Daher sollte rechtzeitig darauf geachtet werden, dass bei Aussagen oder Inhalten, die seitens (Teilen) der Politik und Verwaltung als schwierig eingeordnet werden, keine zu großen Erwartungen auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger entstehen, welche später nicht zu erfüllen sind. Wichtig sei auch zu vermitteln, dass Bürgerinnen und Bürger eine Eigenverantwortung tragen. Die alleinige Verantwortung für die Realisierung von Anpassungsmaßnahmen könne nicht nur bei der Verwaltung und Politik liegen.

4. Diskussionsergebnisse der Arbeitsphasen

In den zwei Arbeitsphasen des Stakeholderdialogs tauschten sich die Teilnehmenden anhand einer konkreten Aufgabenstellung aus. Der Austausch erfolgte jeweils in Kleingruppen. In der ersten Arbeitsphase sammelten die Gruppenmitglieder Ideen für aktivierende Beteiligungsformate und entwickelten diese weiter. In der zweiten Arbeitsphase erarbeiteten sie exemplarische Beteiligungskonzepte. Diese orientierten sich an der Ausgangssituation und den Bedarfen von einzelnen beispielgebenden Kommunen.

4.1. Ideenentwicklung für aktivierende Beteiligungsformate

In insgesamt fünf Kleingruppen mit einer Gruppengröße von fünf bis sechs Personen sammelten die Teilnehmenden in dieser ersten Arbeitsphase Ideen für aktivierende Beteiligungsformate und entwickelten diese in der gemeinsamen Diskussion weiter. Ausgangspunkt der Aufgabenstellung in dieser Arbeitsphase war eine ideale Welt. In dieser Welt gibt es keine Restriktionen in Bezug auf die Bereitstellung von finanziellen und personellen Ressourcen. Außerdem wird für die geplanten Aktivitäten die volle Unterstützung der verschiedenen Ämter sowie der Politik in den Kommunen vorausgesetzt. Als Hilfestellung erhielten die Teilnehmenden eine Tischvorlage mit folgenden Leitfragen: Welche Methoden können sinnvoll für den eigenen Kontext angewendet und kombiniert werden? Gibt es zusätzliche Ideen, wie die Methoden weiterentwickelt werden können? Die erarbeiteten Ergebnisse hielten die Teilnehmenden in den Kleingruppen jeweils auf Flipchart-Bögen fest (siehe Abbildungen im Anhang in Kapitel 6.1.1). Die Ergebnisse wurden im Anschluss der Arbeitsphase im Plenum vorgestellt.

Übergreifend lässt sich aus den Diskussionen der Teilnehmenden in den einzelnen Kleingruppen Folgendes festhalten: Bevor ein Beteiligungsprozess beginnt, ist es wichtig, die Ziele und Zuständigkeiten abzustimmen und allgemeingültige Regeln zu definieren. Dabei sind zur Vermeidung von Frustrationen die Beteiligungsmöglichkeiten sowie die bestehenden Grenzen der Beteiligung für einzelne Aktivitäten möglichst transparent zu kommunizieren. Diesbezüglich sollte den Beteiligten gegenüber frühzeitig die anvisierte Beteiligungstiefe (d. h. Klärung ob Information, Konsultation, Mitgestaltung oder Mitentscheidung) verdeutlicht werden, unter Berücksichtigung des Ziels und der Zielgruppe der Beteiligung. Um die Identifikation mit dem jeweiligen

Beteiligungsthema zu fördern und einer möglichen Unzufriedenheit entgegenzuwirken, ist die Einbindung der Bürgerschaft bereits zu Beginn eines Prozesses wünschenswert. In der Diskussion hielten die Teilnehmenden zudem fest, dass in Abhängigkeit vom Thema und der Zielgruppe eine Vielschichtigkeit von Beteiligungstiefen und die Anwendung von unterschiedlichen Methoden sinnvoll sind. Großen Anklang fanden unter anderem aufsuchende Beteiligungsformate zur Information von Bürgerinnen und Bürgern, z. B. Nachbarschaftsfeste. Diese setzen im Idealfall direkt an der Lebenswelt der adressierten Personen an.

Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmenden in den einzelnen Kleingruppen folgende Punkte: An **Tisch 1** ging es unter anderem um verwaltungsinterne und verwaltungsexterne Beteiligungsmöglichkeiten. Verwaltungsintern sind dies beispielsweise Schulungen und Workshops für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder ressortübergreifende Exkursionen. Als Bürgerinnen und Bürger sind diese gleichzeitig Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für das adressierte Thema. Verwaltungsextern nahmen die Teilnehmenden Bezug zur Methode des mobilen Erfahrungsraums, welchen Stefan Löchtfeld in seinem Vortrag als Türöffner-Methode vorstellte. Im gegenseitigen Austausch ermöglicht diese Methode das Lernen von den Erfahrungen anderer zu bestimmten Themen. Auch könnten Projektwochen zu bestimmten Themen in Schulen veranstaltet werden, so die Teilnehmenden. Im Anschluss an die Vorstellung der Ergebnisse merkte ein Teilnehmender an, dass die Öffnung der Mitbestimmung durchaus schwierig sei, Konflikte mit sich bringe und nicht mit der Einführung der direkten Demokratie (im Gegensatz zur Situation in der Schweiz) gleichzusetzen sei. Verfahren und Spezifika der direkten Demokratie wurden an dieser Stelle jedoch nicht weiter vertieft.

Die Teilnehmenden an **Tisch 2** diskutierten schwerpunktmäßig verschiedene Möglichkeiten zur Erreichbarkeit der Bürgerinnen und Bürger. Hier mangle es oftmals an geeigneten Zugängen, trotz des Wunschs seitens der Bürgerschaft beteiligt zu werden. Niederschwellige Einstiege könnten zum Beispiel wie folgt aussehen: Informationen werden gezielt an einem Kaffeemobil auf Spielplätzen, auf Bierdeckeln in Bars oder Handzetteln in der Auslage von Behörden bereitgestellt. Diese Formate hätten das Potenzial große Teile der Gesellschaft zu erreichen. Des Weiteren könnten Bürgerinnen und Bürger in ihrer Freizeit erreicht werden, zum Beispiel über das Angebot von thematischen Erlebnistr Touren oder Stadtklimatouren, die interessierte Bürgerinnen und Bürger an klimasensible Punkte führen. Wichtig sei hier eine entspannte Freizeitatmosphäre zu wahren. Einen weiteren günstigen Zugang böten Quartiersfeste, um zum Beispiel auf Umsetzungspläne zu bestimmten Themen (bspw. Möglichkeiten der Dachbegrünung) aufmerksam zu machen – oder die Durchführung von Zukunftswerkstätten. Innerhalb solcher Veranstaltungen könnten gewisse Themen leichter diskutiert und Ideen gesammelt werden, beispielsweise über den spielerischen Einsatz von Bebauungsplänen zur Diskussion einzelner Maßnahmen.

Die Teilnehmenden an **Tisch 3** hoben hervor, dass vor der Initiierung eines Beteiligungsprozesses innerhalb der zuständigen Verwaltungseinheit stets eine Reflexion der gegebenen Ausgangssituation und Planung des Prozesses (ggf. kombiniert mit einer Beratung und/oder Supervision) stattfinden sollte. Dazu zähle auch eine Akteurslandkarte zur besseren Einordnung der zu beteiligenden/ betroffenen Akteure zu erstellen. Die Herausforderung der Beteiligung diskutierten die Teilnehmenden unter anderem am Beispiel von verschiedenen baulichen Maßnahmen. Diese laufen in den Kommunen oftmals den Zielen der Klimavorsorge entgegen. Um diesem Zustand entgegenzutreten, sei es notwendig, für positiv bewertete Alternativmaßnahmen zu

werben - wie zum Beispiel für das Einrichten von Schattenplätzen oder die Installation von Ruhebänken. Die Information und Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger zu dieser Thematik könnte zum Beispiel über Plakate und kleine Botschaften auf Bierdeckeln erfolgen. Auch könnten Zeitungsartikel mit einer negativen Berichterstattung zum Thema über eine anschließende Diskussion und Auseinandersetzung positive Wirkung auslösen, wie zum Beispiel im Fall von Bürgerprotesten gegen den Bau von Windenergieanlagen. Wird diesen durch eine Gegendarstellung und das Aufzeigen der Defizite in der Energiewende entgegengetreten, könnten bestehende Vorbehalte gegebenenfalls überwunden werden. Gleiches könnte im Bereich der Klimaanpassung erfolgen.¹⁰

An **Tisch 5** sahen die Teilnehmenden es als wichtig an, die Bewusstseinsbildung für die Klimaanpassung in eine übergeordnete Debatte einzubetten. Diesbezüglich böte sich der Nachhaltigkeitsdiskurs als „Überthema“ an. In diesem Kontext sei es wichtig, Betroffenheiten von Klimafolgen aufzuzeigen und an Bestehendes anzuknüpfen. Dazu sei es wichtig, die Betroffenen von Anfang an durch dauerhafte Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel über Zeitungsartikel und Nachbarschaftsfeste, zu informieren. Darüber hinaus sollten Betroffene in die Planung und Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen einbezogen werden. Diese sollten zudem greifbar gemacht werden. Ein gutes Hilfsmittel, um die Notwendigkeiten für derartige Maßnahmen zu vermitteln, sei zum Beispiel die Arbeit mit Starkregenkarten. Diese ermöglichten das Aufzeigen der Wirksamkeit von einzelnen Maßnahmen. Um diesen Aktivitäten die erforderliche Öffentlichkeit zu geben, böte sich eine begleitende Pressearbeit an, so die Teilnehmenden. In punkto Information und Kommunikation merkten die Teilnehmenden jedoch auch kritisch an, dass teilweise irreführend über Gefahren berichtet würde. Als Beispiel nannten sie die Thematisierung von „100-jährigen Hochwassern“. Dies ließe viele Bürgerinnen und Bürger zu dem Schluss kommen, dass solche Ereignisse nur einmal in 100 Jahren auftreten.

An **Tisch 6** diskutierten die Teilnehmenden Beteiligungsformate am Beispiel von Maßnahmen zur Anpassung an Hochwasserereignisse infolge von Starkregen. Zum Schutz der Bevölkerung sei eine klimasensible Planung im öffentlichen Raum über die Bauleitplanung elementar wichtig. Als Planvorgabe könnte die Orientierung an 100-jährigen Hochwasserereignissen dienen. Treten vermehrt größere Hochwasserereignisse auf, bedürfte es jedoch der Anpassung dieser Planvorgaben, worunter die Identifizierung und Ausweisung von neuen hochwassersensiblen Bereichen zu fassen sei. Dabei sollten die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig eingebunden werden. Ein möglicher Zugang zu Information und Sensibilisierung dieser könnten Kampagnen mit fiktiven Hochwassermarken sein. Im Idealfall könnten diese kurz nach eingetretenen Hochwasserereignissen geschaltet werden. Inhalt dieser Kampagnen könnte auch die Vorstellung von möglichen Handlungsoptionen für Bürgerinnen und Bürger sein, wie zum Beispiel der Einbau von Rückstauventilen oder anderer Sicherungen in ihre Häuser.

4.2. Entwicklung exemplarischer Beteiligungskonzepte

In der zweiten Arbeitsphase, angeschlossen an die Impulsvorträge aus Speyer und Recklinghausen, entwickelten die Teilnehmenden in vier Kleingruppen, mit je sechs bis sieben Personen, ein exemplarisches Beteiligungskonzept. Die entwickelten Konzepte beinhalten verschiedene Beteiligungsmethoden und einen Zeitplan. Die Entwicklung der Konzepte erfolgte konkret für einzelne beispielgebende Kommunen, vertreten durch Teilnehmende aus Köln, Magdeburg, Worms und Ziegenhagen bei Kassel. Als Vorbereitung hatten die Beispielgeberinnen und -geber

¹⁰ Bei der Nummerierung gab es keinen Tisch 4.

jeweils einen kommunalen Steckbrief erstellt, um den anderen Teilnehmenden die Situation in den Kommunen zu vermitteln. Die Steckbriefe wurden als Tischvorlage verteilt und wesentliche Informationen zum Ort, Ziel der Beteiligung, zu adressierenden Klimawirkungen und den Handlungsfeldern der geplanten Anpassungsmaßnahmen sowie zu den relevanten Akteuren (siehe Auszug aus den Steckbriefen in Kapitel 4.2.1 bis 4.2.4) kurz vorgestellt. Zur Strukturierung der Diskussion erhielten die Teilnehmenden als Tischvorlage folgende Leitfragen: Welches Ziel soll durch die Beteiligung erreicht werden? Auf welche Klimawirkung(en) fokussiert der Prozess bzw. seine einzelnen Bestandteile? Welche Bürgergruppen werden beteiligt? Wer ist Initiator? Welche Methoden werden angewandt und wer wird für die einzelnen Bausteine gebraucht? Welche Stolpersteine könnten auftreten und wie kann damit umgegangen werden? Am Ende der Diskussion in den Kleingruppen stand als Ergebnis jeweils ein Grobentwurf für ein Beteiligungskonzept (siehe Kapitel 4.2.1 bis 4.2.4). Diesen hielten die Teilnehmenden auf Packpapier-Bögen und mit Kärtchen (siehe Abbildungen im Anhang in Kapitel 6.1.2) fest. Im Nachgang zur Dialogveranstaltung kann dieser Grobentwurf den Beispielgeberinnen und -gebern als Impuls für die weitere Arbeit dienen.

4.2.1. Der Weg zu wasserresilienten Stadtvierteln: Von der Risikoanalyse zur Starkregen-/Hochwasservorsorge (Köln)

Auszug aus dem Steckbrief Beispiel Köln

Köln	
<i>Ort der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • 1 Mio. Einwohner/innen
<i>Ziel der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Bewusstmachung/ Minderung der Risiken • Verstetigung von Vorsorgemaßnahmen
<i>Klimawirkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Starkregen/ Hochwasser
<i>Handlungsfelder für Anpassungsmaßnahmen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Bauleitplanung • Bevölkerungs-/ Katastrophenschutz
<i>Relevante Akteure</i>	<p><i>Zielgruppen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Betroffene/ (noch) nicht betroffene Bürger/innen und Stadtviertel • Vereine, Initiativen <p><i>Weitere Akteure:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kommunen, Behörden, Verwaltungen • Planungsbüros • Katastrophenschutz (Feuerwehr, THW) • Rettungs- und Hilfsorganisationen • Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

In der ersten Gruppe stand das Thema „Der Weg zu wasserresilienten Stadtvierteln: Von der Risikoanalyse zur Starkregen-/ Hochwasservorsorge“ in Köln im Mittelpunkt der Diskussion. Ziel des Beteiligungskonzepts sollte es sein, Bürgerinnen und Bürger in einem bestimmten Stadtteil in Köln, mit rund 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, zu befähigen, Vorsorgemaßnahmen zu ergreifen. Dies bedeute unter anderem sich bei einem durch ein Starkregenereignis verursachten Hochwasser sowohl eigenständig als auch gegenseitig helfen zu können. Die gemeinschaftliche Vorsorge könnte den sozialen Zusammenhalt zwischen den potenziell Betroffenen stärken. Als Initiatoren kämen laut den Teilnehmenden in der Kleingruppe zunächst potenziell betroffene und nicht-betroffene Anwohnerinnen und Anwohner von verschiedenen Stadtvierteln in Frage. Denkbar wäre als Mitinitiatoren aber auch die durch die Beteiligungsprozesse adressierten Industriebetriebe sowie die Feuerwehr und die Stadtentwässerung der Stadt Köln einzubinden. Diese Akteure verfügen über einen guten Zugang zu der betroffenen Bevölkerung des

thematisierten Stadtteils. Die vorherrschende Bevölkerungsstruktur in diesem Stadtteil setzt sich aus einem „gehobenen Mittelstand“ mit vielen älteren und deutlich weniger mobilen Menschen zusammen – hinzu kommen ca. 800 Geflüchtete. Als geeignete Beteiligungsmethoden schlugen die Teilnehmenden Planspiele zur Veranschaulichung einer Stadtteilüberflutung sowie die Sendung von Radio- und Fernsehbeiträgen vor. Ferner könnten Veranstaltungen wie Schulprojekte oder Stadtteilstefen genutzt werden, um historische Ereignisse in Erinnerung zu rufen und Nachbarschaftsnetzwerke zu fördern. Auch könnte im Stadtteil zu Spendenaktionen für mögliche Vorsorgemaßnahmen aufgerufen und der im Impulsvortrag von Georg Johann präsentierte Hochwasserpass vorgestellt werden. Stolpersteine gäbe es aus Sicht der Teilnehmenden vor allem kommunikativer Art. Als Beispiele nannten sie die Kommunikation mit Geflüchteten sowie mit der Stadtverwaltung und der Stadtentwässerung. Um diesen Stolpersteinen vorzubeugen bedürfte es im ersten Fall der Einbeziehung von Dolmetscherinnen oder Dolmetschern beziehungsweise im Fall der Stadtverwaltung und der Stadtentwässerung der Einrichtung von gemeinsamen Gesprächsformaten. Ein weiterer Stolperstein sei die Überforderung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten. Dem könnte entgegengewirkt werden, indem diese von Akteuren wie der Feuerwehr und/oder Stadtentwässerung auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden und professionelle Unterstützung erhalten, so die Rückmeldung. Im Anschluss an den Dialog sollte daher der Kontakt gesucht und eine Kooperation mit der Feuerwehr und der Stadtentwässerung aufgebaut werden.

4.2.2. Klimaanpassungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg

Auszug aus dem Steckbrief Beispiel Magdeburg

Magdeburg	
<i>Ort der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • 238.000 Einwohner/innen (leicht wachsend)
<i>Ziel der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung der Bürger/innen, verschiedener Institutionen, Wohnungsbaugesellschaften
<i>Klimawirkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Temperaturanstieg, Hitzeperioden, Trockenheit
<i>Handlungsfelder für Anpassungsmaßnahmen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Wärmebelastung bei der Bevölkerung • Trockenstress bei Stadtbäume
<i>Relevante Akteure</i>	<p><i>Zielgruppen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Bürger/innen, Vermieter- und Mieter/innen, Wohnungsbaugesellschaften, Haus- und Wohnungseigentümer/innen, Vertreter/innen von Schulen/ Vereinen/ Genossenschaften, Kindereinrichtungen, Pflegeheime, Stadtrat <p><i>Weitere Akteure:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Städtische Werke, Katastrophenschutz, Verkehrsbetriebe, Stadtgartenbetrieb, Stadtplanungsamt, Gesundheitsamt, Liegenschaftsservice, Wirtschaftsdezernat, Tiefbauamt, kommunales Gebäudemanagement, Abfallwirtschaftsbetrieb, Unternehmen

Die zweite Gruppe beschäftigte sich mit dem „Klimaanpassungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg“. Ziel der diskutierten Beteiligung sei es, den Hitzestress in einem traditionellen, wenig begrünten Arbeiterquartier mit viel Altbausubstanz zu reduzieren. Ein wesentlicher Faktor sei dabei, die Bürgerinnen und Bürger zur Eigenvorsorge zu motivieren. Die Stadt Magdeburg sei – unter anderem versehen mit einem Stadtratsbeschluss – Initiator der Bürgerbeteiligung. Als zu diskutierende Anpassungsmaßnahme einigten sich die Teilnehmenden darauf, sich mit dem Thema Fassadenbegrünung zur Kühlung an heißen Tagen zu befassen. Bürgergruppen, die

durch die Beteiligungsverfahren zur Fassadenbegrünung aktiviert werden sollten, sind gleichermaßen Vermieterinnen und Vermieter, Mieterinnen und Mieter sowie Haus- und Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer. Zudem seien – auch in ihrer Multiplikator-Rolle – Vertreterinnen und Vertreter von Schulen, Vereinen und Genossenschaften zu adressieren. Darüber hinaus sei es empfehlenswert, auch Vertreterinnen und Vertreter aus dem Stadtteilmanagement zu aktivieren und in den Prozess einzubinden. Konkret bezogen auf die Beteiligung sollten die betroffenen Mieterinnen und Mieter über mögliche Maßnahmen informiert werden. Ebenso sollten sie eine Schulung erhalten, um sich bei ihrer Vermieterin/ ihrem Vermieter für Begrünungsmaßnahmen stark zu machen. Außerdem könnte ein Vorzeigeprojekt entwickelt werden, das den Akteuren als Anregung dient. Dabei könnten auch Schulen eingebunden werden. Zur Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger schlugen die Teilnehmenden eine Pflanzentauschbörse vor. Mögliche Stolpersteine seien die ungeklärte Finanzierung und die personelle Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung, ebenso wie die Schwierigkeit, Eigentümerinnen und Eigentümer der Gebäude ausfindig zu machen sowie ein gewisser zu erwartender Widerstand in der Bürgerschaft. Ein Teil der Bürgerinnen und Bürger sind teilweise der Auffassung, dass einzelne Bäume wegmüssten und zu viel Begrünung an Fassaden „unordentlich“ aussehen könnte. Ein nächster Schritt für die Entwicklung von konkreten Aktivitäten könnte die Kontaktaufnahme mit den Wohnungsgenossenschaften sein.

4.2.3. Hitzeaktionsplan Worms

Auszug aus dem Steckbrief Beispiel Worms

Worms	
<i>Ort der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> 85.000 Einwohner/innen
<i>Ziel der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> Erfassung zielgruppenspezifischer Ideen Maßnahmenumsetzung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bürger/innen
<i>Klimawirkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> Temperaturanstieg, Hitzeperioden, Trockenheit
<i>Handlungsfelder für Anpassungsmaßnahmen</i>	<ul style="list-style-type: none"> Menschliche Gesundheit Stadtplanerische Maßnahmen
<i>Relevante Akteure</i>	<p><i>Zielgruppen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Seniorenbeirat, Krankenhäuser, Seniorenheime, Pflegeeinrichtungen, Kitas, Schulen <p><i>Weitere Akteure:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> Klimabündnis e.V.

In der dritten Gruppe entwickelten die Teilnehmenden ein Beteiligungskonzept für den „Hitzeaktionsplan Worms“ mit sowohl kurzfristigen als auch langfristigen Maßnahmen. Im Fokus der Diskussion stand die Frage, wie die Bürgerschaft bei der Erstellung des Hitzeaktionsplans beteiligt werden kann. In diesem Zusammenhang diskutierten die Teilnehmenden auch, ob bei der Auseinandersetzung mit bestimmten Themen alle Beteiligten angehört, informiert oder in weitere Schritte einbezogen werden sollten. Dabei ging es unter anderem um die Aufenthaltsqualität in öffentlichen Freiräumen, den Gesundheitsschutz und die Erhöhung der Resilienz der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Hitzestress. Initiator des Beteiligungsprozesses ist die Stadtverwaltung Worms. Dahinter stünde auch die Idee, aus der Bürgerbeteiligung zur Erstellung eines Hitzeaktionsplans ein Leuchtturmvorhaben zu schaffen, wovon andere Städte lernen könnten. Bezogen auf die konkrete Beteiligung sollte laut den Teilnehmenden in einem ersten Schritt

durch eine soziale Netzwerkanalyse, in Verbindung mit Daten der städtischen Klimafunktionskarte, erschlossen werden, wer die Betroffenen sind und wo diese aktuell stehen. Dies bedeute unter anderem, bereits vorhandene Strukturen zu erfassen. Ferner könnte bei Fachmessen die Bürgerschaft informiert werden sowie eigene Ideen dieser gesammelt werden (z. B. über in Ämter ausliegenden Postkarten). Eine weitere Möglichkeit, Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, böten Akteurs- und Stadtteilforen. Idealerweise könnten bei solchen Veranstaltungen auch Fachakteure wie soziale Träger, das Gesundheitswesen, die Wohnungswirtschaft, fachbezogene Verwaltung sowie Fachverbände beispielsweise durch World Cafés und Ideenbörsen eingebunden werden. Zudem sollten Akteure aus der Politik und der Wirtschaft an verschiedenen Formaten teilnehmen. Laufen diese ersten Aktivitäten erfolgreich, könnten zu einem späteren Zeitpunkt ein Themenfilm mit der Bürgerschaft gedreht sowie Trinkpatenschaften zwischen Bürgerinnen und Bürgern initiiert werden. Als ein grundsätzlicher Stolperstein hoben die Teilnehmenden die schwierige Erreichbarkeit der Zielgruppen, wie zum Beispiel älterer Menschen hervor. Um diese zu erreichen, bedürfte es der besseren Ausschöpfung der vorhandenen Strukturen. Ein weiterer Stolperstein sei die Einbindung aller relevanten Ressorts der Verwaltung. Hier wäre die Einbindung eines externen Moderators hilfreich, so die Teilnehmenden. Als nächste Schritte sollten zunächst optimale Rahmenbedingungen für das Projekt geschaffen werden und in Zusammenarbeit mit den relevanten Akteuren der Projektantrag zur Erstellung eines Hitzeaktionsplans geschrieben werden.

4.2.4. Ziegenhagen: 14 Tage ohne Strom – Ein Dorf bereitet sich auf Umweltkrisen vor

Auszug aus dem Steckbrief Beispiel Ziegenhagen

Ziegenhagen	
<i>Ort der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • 600 Einwohner/innen
<i>Ziel der Beteiligung</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Vorbereitung auf den Umgang mit Natur- und Umweltkatastrophen • Aufbau von resilienten und nachhaltigen Dorfstrukturen
<i>Klimawirkungen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Starkregen/ Hochwasser
<i>Handlungsfelder für Anpassungsmaßnahmen</i>	<ul style="list-style-type: none"> • Eigenständige Stromversorgung • Sicherungsmaßnahmen gegen Starkregen/ Sturzfluten/ Binnenhochwasser
<i>Relevante Akteure</i>	<p><i>Zielgruppen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Haushalte <p><i>Weitere Akteure:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ortsbeirat/ Bürgermeister • Landrat/ Vizelandrat • Feuerwehr Ziegenhagen und Witzenhausen • Regionalmanagement Nordhessen • Universität Kassel, Fachbereich Soziologie • Arbeitsgemeinschaft Nachhaltiges Ziegenhagen

In der vierten Gruppe thematisierten die Teilnehmenden die Bottom-up-Initiative „Ziegenhagen: 14 Tage ohne Strom: Ein Dorf bereitet sich auf Umweltkrisen vor“. Übergeordnetes Ziel sei es, die Bewohnerinnen und Bewohner der Kommune durch eine Anleitung zur Selbsthilfe auf einen Zeitraum von 14 Tagen ohne Strom vorzubereiten. Verursacher für den Eintritt eines solchen Ereignisses könnte beispielsweise Starkregen und/oder Hochwasser sein. Am Anfang der Diskussion in der Gruppe standen zunächst zwei Fragen: Wie können mindestens 400 Erwachsene dazu

gebracht werden, sich mit diesem Szenario auseinanderzusetzen? Wie kann eine Aktivierung lokaler Ressourcen erfolgen? Daran schlossen sich die Fragen an, ob es ähnliche Bewegungen mit sich überschneidenden Zielsetzungen in der Umgebung gäbe und wie andere Nebenschauplätze berücksichtigt werden könnten. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass sich durch die Vermittlung eines „Katastrophismus“ wahrscheinlich weniger Menschen beteiligen. Daher sollte die Befassung mit dem Thema mit einer positiven Zielsetzung versehen werden. Die Teilnehmenden einigten sich diesbezüglich auf die gemeinschaftliche Realisierung einer unabhängigen Stromversorgung in Ziegenhagen. Initiator einer dafür denkbaren Bürgerinitiative könnte die Arbeitsgemeinschaft Nachhaltiges Ziegenhagen sein. Im weiteren Prozess sollten zudem Akteursgruppen wie private Haushalte, Waldeigentümerinnen und -eigentümer, der Ortsvorstand, der Landrat sowie Vertreterinnen und Vertreter der freiwilligen Feuerwehr beteiligt werden. Gleiches gälte für die Universität Kassel und hier die Professur für Methoden der empirischen Sozialforschung. Hier gäbe es bereits erste Gespräche.

Für die Entwicklung des Beteiligungskonzepts definierten die Teilnehmenden zwei Arbeitsphasen: In einer ersten Arbeitsphase sollte mit Hilfe eines Fragebogens und aktivierenden Interviews möglichst eine Vollerhebung der Bevölkerung (min. 80 Prozent) erfolgen. Im Rahmen dieser Erhebung sollten die aktuell verfügbaren Vorsorgekapazitäten ermittelt werden. Ferner wäre zu klären, auf welche Formen der informellen Unterstützung, in etwa durch Familie, Freundinnen und Freunde oder Nachbarinnen und Nachbarn, aktuell zurückgegriffen wird. Diskutiert wurde auch, dass Erfahrungsberichte aus anderen Regionen für die Schaffung eines Überblicks in die Thematik helfen könnten. Als Beispiel diene der fünftägige Stromausfall im Münsterland. Vor der zweiten Arbeitsphase sollte geklärt werden, welche Aspekte aus dem Szenario „14 Tage ohne Strom“ für die Auswahl und Konkretisierung von Anpassungsmaßnahmen erfasst werden sollten. Die Auswahl und Konkretisierung der Maßnahmen sollte dann, zusammen mit ersten Planungen, in dieser Phase erfolgen. Auch sollte in der zweiten Phase eine Problemdefinitionsveranstaltung durchgeführt werden. Im Fokus könnte bei einer solchen Veranstaltung beispielsweise stehen, wie die Trinkwasserversorgung aufrechterhalten werden kann und ob die naheliegenden Bäche nutzbar sind, mit dem Ziel, die Resilienz der Dorfgemeinschaft nachhaltig zu stärken und Krisensituationen bewältigen zu können. Mögliche Stolpersteine seien die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen des Projektes, unter anderem für die Bereitstellung eines Eigenanteils durch die Initiative im Fall einer erfolgreichen Beantragung von Fördermitteln. Weitere Stolpersteine seien die (noch) fehlende Projektstruktur und der potenzielle Projektumfang, denen durch eine Fokussierung auf einzelne Aktivitäten entgegenzuwirken wäre. Nächster Schritt sei es, die Entscheidungsträgerinnen und -träger aus der Kommunalpolitik sowie Vertreterinnen und Vertreter von Feuerwehr von der Beantragung von Projektmitteln sowie der Finanzierung eines Eigenanteils zu überzeugen.

5. Plenardiskussion und Resümee

Die abschließende Plenardiskussion befasste sich mit Fragen der Verstetigung von Beteiligungsprozessen, mit der Entwicklung von kommunalen Beteiligungskulturen sowie mit Ansätzen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und lokalen Initiativen. Die Ergebnisse der Diskussion wurden auf Flipchart-Bögen festgehalten (siehe Abbildungen in Kapitel 6.1.3).

Einen guten Impuls für zukünftige Beteiligungsprozesse böte laut einem Teilnehmenden die Projektliste mit beispielhaften Beteiligungsvorhaben der Stadt Heidelberg¹¹. Auf einer eigenen Webplattform stellt die Stadt darin eine Vielzahl von Vorhaben zu unterschiedlichen Themen (u. a. Bauen/ Wohnen, Stadtentwicklung/ Stadtplanung) vor. Ein anderer Impuls bezog sich auf die Sammlung von kommunalen Leitlinien der Bürgerbeteiligung auf der Internetseite des Netzwerks Bürgerbeteiligung¹². Über diese Seite werden die Leitlinien der Bürgerbeteiligung von mehr als siebzig Kommunen vorgestellt. Demgegenüber sei ein Negativbeispiel für eine transparente Entscheidungsfindung im Zuge eines Beteiligungsverfahrens der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung, so ein anderer Teilnehmender. Es wurde nicht kommuniziert, wie die im Rahmen der Beteiligung eingebrachten Vorschläge im weiteren Prozess berücksichtigt worden sind oder nicht. In der anschließenden Diskussion betonten die Teilnehmenden, dass Transparenz in Beteiligungsprozessen sehr wichtig sei und es den Bedarf nach einem weiterführenden Austausch zwischen verschiedenen Initiatorinnen und Initiatoren von Beteiligungsprozessen zur Klimaanpassung gäbe. In einem anderen Beitrag führte ein Teilnehmender aus, dass Beteiligung immer auch die Gefahr mit sich bringe, einen Teil der Bürgerschaft auszuschließen. Diesbezüglich sei zu klären, wie auch diejenigen eingebunden werden können, die normalerweise an solchen Prozessen nicht teilnehmen. Gleiches gälte für das Aufbrechen von Machtstrukturen, die notwendige Veränderungen blockierten. Als Beispiel für einen alternativen Zugang wurde diesbezüglich ein Projekt genannt, in dem Kinder, die sich nicht durch Sprache ausdrücken können, ihre Zukunftsvorstellungen zu ihrem Viertel mit Knetmasse darstellen. Weitere inklusive Ansätze bedürften der Einbindung von Dolmetscherinnen oder Dolmetschern oder der Durchführung eines anonymen Brainstormings auf Karten. Mit diesen Formaten könnte sichergestellt werden, dass alle zu Wort kommen und ihre Ideen einbringen können. Zu diesem Punkt merkte ein Teilnehmer an, dass Praxisbeispiele wie das „Stadtspiel und Film Recklinghausen“ denjenigen eine Stimme geben, die vermutlich nie zu irgendwelchen Beteiligungsveranstaltungen gehen. In der Diskussion wurde auch die Frage aufgeworfen, inwieweit die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, wie zum Beispiel Kinder- und Flüchtlingsbefragungen, Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Auch diskutierten die Teilnehmenden den Anspruch nach Repräsentativität und ob diese maßgeblich für das Erreichen der Ziele sei. Hierzu wurde die Frage zur Einbindung von bestimmten Gruppen gestellt und inwiefern sich deren Einbindung auf das Ergebnis der Bürgerbeteiligung auswirkt. Laut Rückmeldung einzelner Teilnehmender sei der Anspruch nach Repräsentativität nur dann sinnvoll, wenn die Bürgerschaft selber keine Entscheidung treffen könnte. Sofern Wissen der Betroffenen gesammelt werden soll, müsste keine Repräsentativität vorliegen. Bezogen auf die Gesamtheit der Teilnehmenden herrschte final keine Einigkeit darüber, ob der Bedarf nach Repräsentativität in Bürgerbeteiligungsprozessen erforderlich sei oder nicht. Eine alternative Möglichkeit, ein breites Meinungsbild einzuholen, böte die Methode des Open Space. Deren Ansatz sei es, dass alle Teilnehmenden die „Richtigen“ seien. In diesem Kontext sei jedoch auch das Recht auf Nicht-Beteiligung zu respektieren¹³. Ferner hielten die Teilnehmenden in der Plenardiskussion fest, dass gemäß der eigenen Erfahrungen Ergebnisse der Bürgerbeteiligung teilweise nur eingeschränkt umgesetzt würden. Aus diesem Grund sei es nötig,

¹¹ Weitere Informationen, abrufbar unter <https://www.heidelberg.de/hd.Lde/HD/Rathaus/Vorhabenliste.html>.

¹² Weitere Informationen, abrufbar unter <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik-gestalten/kommunale-leitlinien-buergerbeteiligung/sammlung-kommunale-leitlinien/>.

¹³ Siehe Umweltbundesamt (2017): Was motiviert zur Eigenvorsorge? Motivationseffekte von Beteiligungsprozessen in der Klimawandelanpassung https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/2017-08-31_climate-change_20-2017_motivation-eigenvorsorge.pdf

vor und während eines Beteiligungsprozesses begrifflich zu schärfen, welche Ziele der Beteiligung zugrunde liegen. Auch sollte für eine gute Umsetzung der Beteiligung das notwendige Fachwissen sowie gültige Richtlinien und Vorgaben berücksichtigt werden, die die Beteiligung einschränken. Diese Einschränkungen vorab an die Bürgerinnen und Bürger zu kommunizieren sei für eine erfolgreiche Beteiligung elementar. Dazu bedürfte es eines analytischen Vorgehens innerhalb der Kommunen, das heißt was liegt vor und wie wird damit umgegangen. In vielen Fällen läge dieses Wissen nicht gebündelt, sondern nur zerstreut in den Kommunen vor.

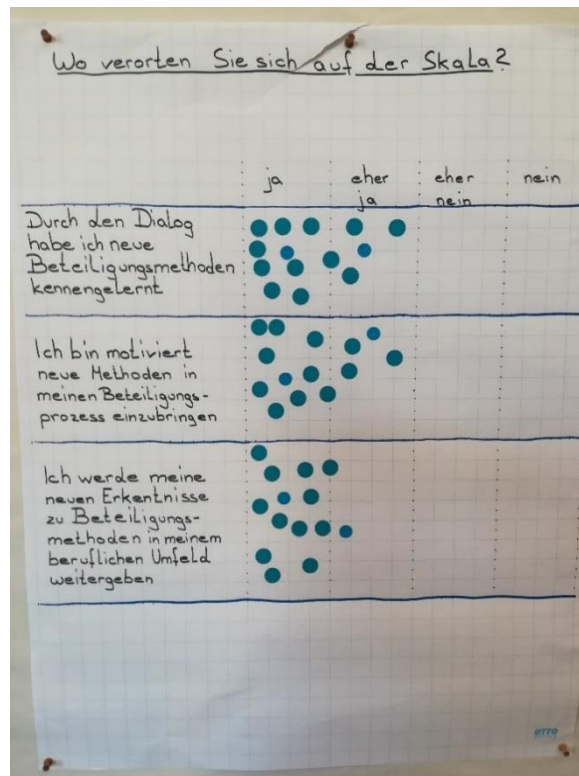
Als Resümee für den Stakeholderdialog lässt sich festhalten, dass dieser sich durch eine sehr konstruktive und lebhafte Mitwirkung der Teilnehmenden auszeichnete. Im Fokus der Diskussion standen vor allem Fragen zur Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern sowie zur Initiierung und Umsetzung von Beteiligungsprozessen. Grundsätzlich bedarf es diesbezüglich der Klärung der anvisierten Zielsetzung der Beteiligung, womit die Klärung der Beteiligungstiefe (d. h. Information, Konsultation, Mitgestaltung oder Mitentscheidung) gemeint ist sowie der zu beteiligenden Akteure. Diese sollte erfolgen, bevor geeignete Beteiligungsmethoden identifiziert und diskutiert werden, so ein zentrales Fazit. Ferner ist zu berücksichtigen, dass jeder Beteiligungsprozess einzigartig ist und an die gegebene Situation angepasst und jeweils neu entwickelt werden muss. Diese Einschätzung wurde während der Dialogveranstaltung mehrfach vorgebracht.

Zum Abschluss des Stakeholderdialogs wurden die Teilnehmenden gebeten, ein Feedback zur Dialogveranstaltung abzugeben. Dazu sollten sie sich zu folgenden Aussagen auf einer vierstufigen Skala verorten (siehe Abbildung 2).

- Durch den Dialog habe ich neue Beteiligungsmethoden kennengelernt.
- Ich bin motiviert neue Methoden in meinen Beteiligungsprozess einzubringen.
- Ich werde meine neuen Erkenntnisse zu Beteiligungsmethoden in meinem beruflichen Umfeld weitergeben.

Die Rückmeldung der Teilnehmenden kann als positiv gewertet werden. Sie haben überwiegend neue Beteiligungsmethoden kennengelernt, sind motiviert, diese in eigene Beteiligungsprozesse einzubringen sowie bereit, die gewonnenen Erkenntnisse im beruflichen Umfeld weiterzugeben.

Abbildung 2: Feedbackfragen: Wo verorten Sie sich auf der Skala?

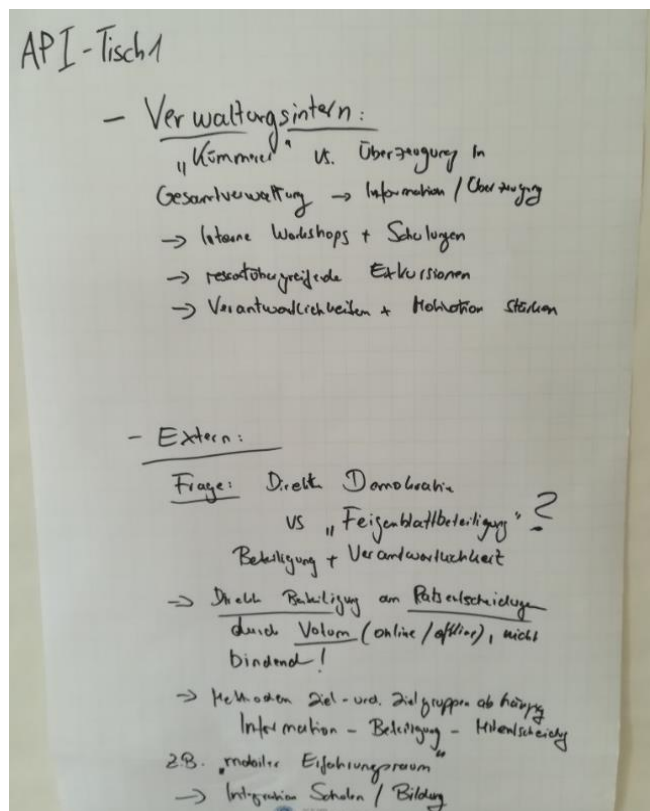


6. Anhang

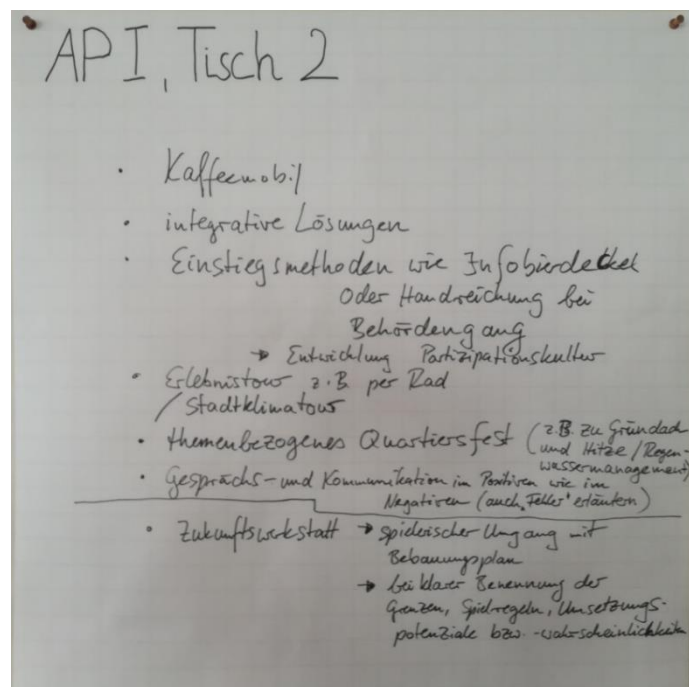
6.1. Dokumentation der festgehaltenen Diskussionspunkte

6.1.1. Ideenentwicklung für aktivierende Beteiligungsformate

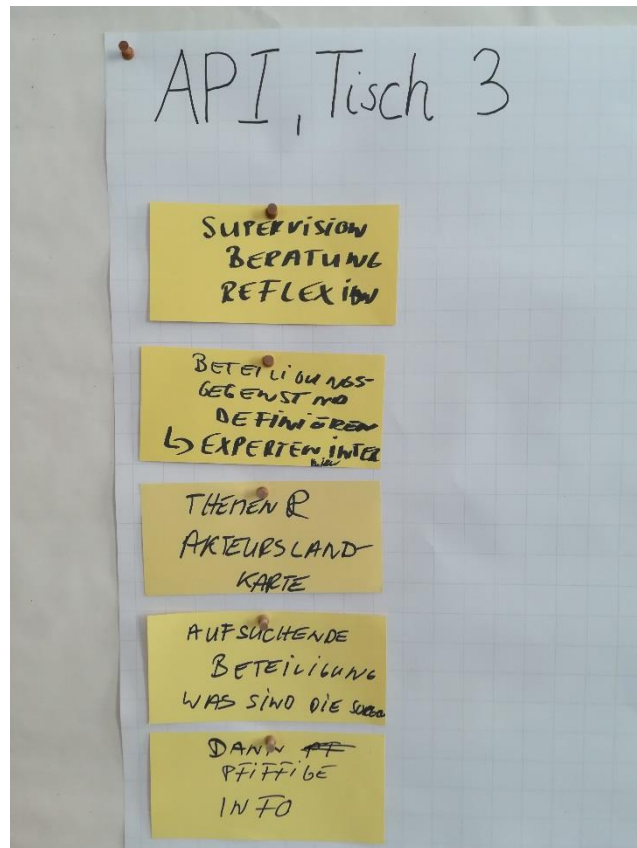
Tisch / Kleingruppe 1



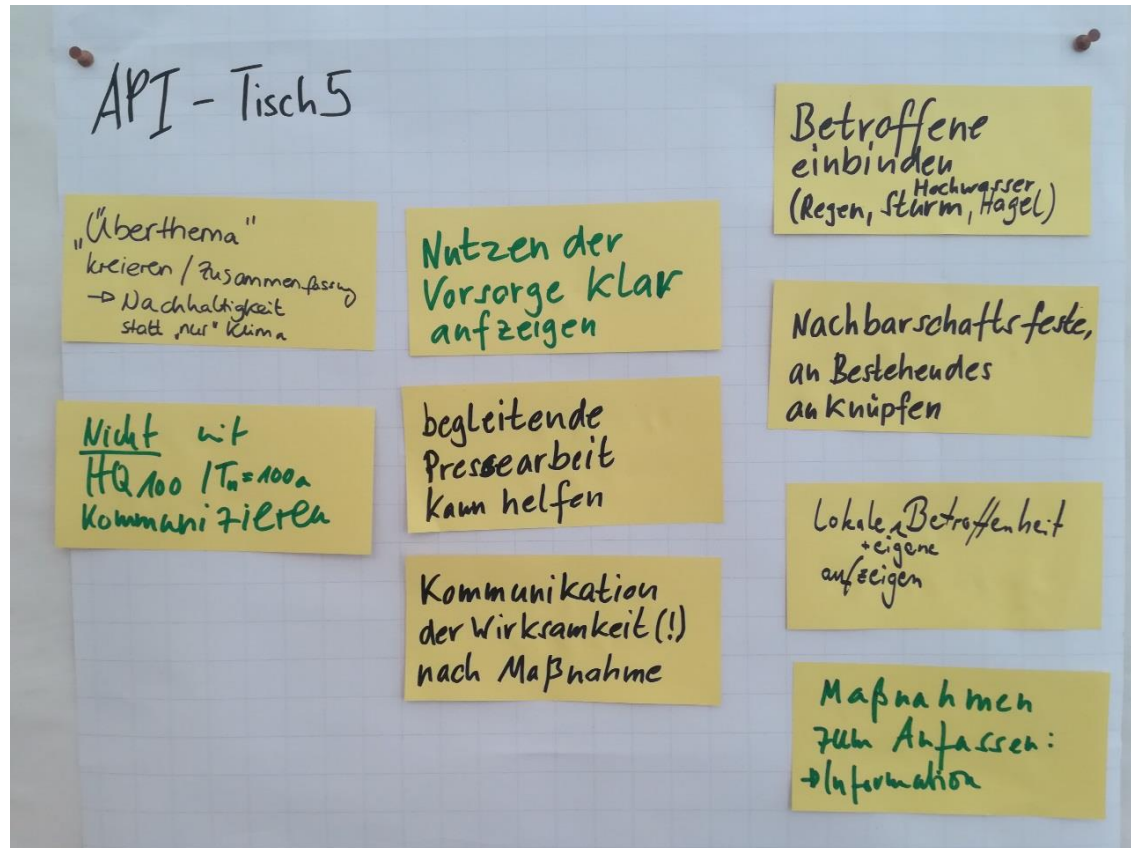
Tisch / Kleingruppe 2



Tisch / Kleingruppe 3*)



Tisch / Kleingruppe 5



*) Bei der Nummerierung gab es keinen Tisch 4

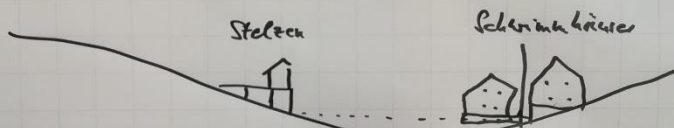
Tisch / Kleingruppe 6

API - Tisch 6

Ideal : Grundsätzlich wassersensible (klima-sensible) Planung im öffentlichen Raum und in Bauleitplanung
Freihalten hochsensibler Bereiche.
Stabsstelle Klimafolgenanpassung

Kampagne:
fiktive Regenwasser-Marken

Planvorgabe:
 $T_h = 100a$



Kommune nutzt Ereignisse^{*)}, die kurz zurückliegen, für angepasste Kampagnen und Pläne

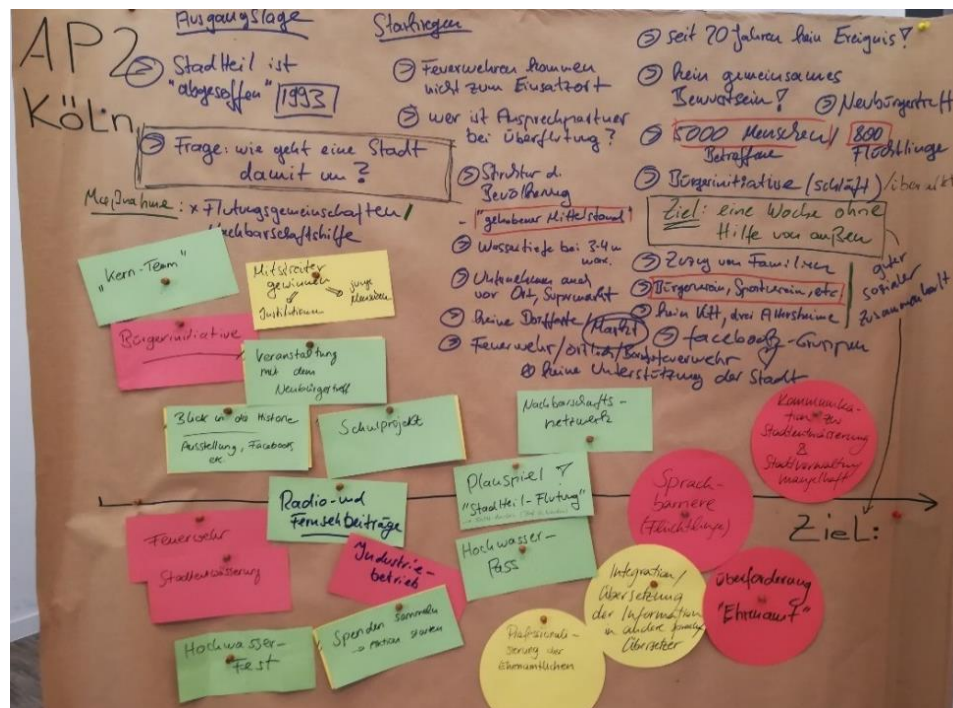
^{*)} Hochwasser, Trockenheit
^{*)} Starkregen

Mitwirkung der Bürger von Anfang an (Identifikation!)

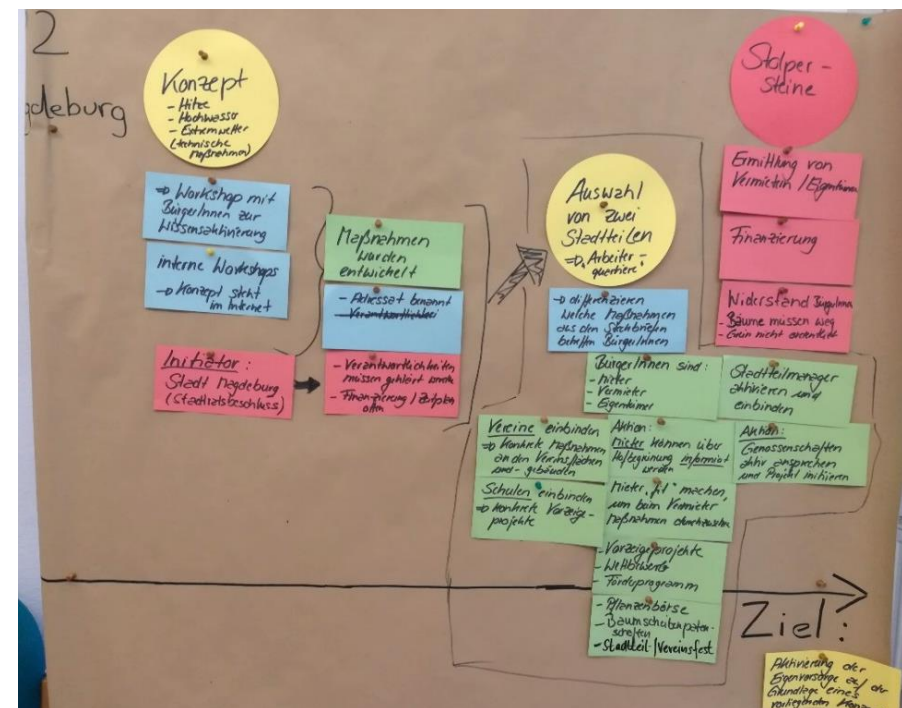
Rückstau-Verschleiss u. andere Sicherungen zum Anfassen.

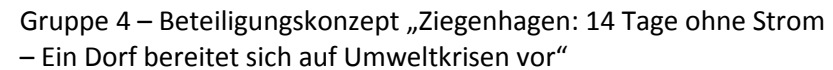
6.1.2. Entwicklung exemplarischer Beteiligungskonzepte

Gruppe 1 – Beteiligungskonzept: „Der Weg zu wasserresilienten Stadtvierteln: Von der Risikoanalyse zur Starkregen-/Hochwasservorsorge (in Köln)“



Gruppe 2 – Beteiligungskonzept: „Klimaanpassungskonzept der Landeshauptstadt Magdeburg“





6.1.3. Plenardiskussion

Flipchart-Bogen 1

Plenardiskussion

Bt-Kultur: Kriterien für Bt (Bsp. Heidelberg)

- ↳ öffnen von Verwaltung nach außen dokumentieren
- Leitlinien d. Bt.
 - ↳ Bürger/innen hier einbinden
- [Integration Bt-ferner Menschen/Gruppe
Aufbrechen von Machtstrukturen]
- ↳ Ausgewogenheit wichtig
 - Sprache / Visualisierung
 - Plastizität
- Ansprache über Interviews
- Analyse Status quo (formale / informelle Bt)
- Auswirkungen auf Entscheidungsfindung
 - ↳ Transparenz

Flipchart-Bogen 2

- ↳ Gelebte Bt (Polit. Wille)
- Recht auf Nicht-Bt (UBA-Studie)
- Schärfung Bt-Ziele
 - + Reflexion d. Wirkungen
- Anschlussfähigkeit Bt-Prozess + Verwaltungshandeln
 - (Bsp. Klimaschutzfahrplan)
- Entscheidungsträger/innen in Bürger/inneneinbindung (Prozesse kennenlernen)
- Frage d. Repräsentativität (wichtig?)

6.2. Weiterführende Literatur zu Bürgerbeteiligungsprozessen

6.2.1. Methoden

BERLIN INSTITUT FÜR PARTIZIPATION (2017): Methodendatenbank.

<http://www.bipar.de/category/methoden/> (10.04.2018)

Die Online-Plattform richtet sich an alle, die sich für Partizipation und Bürgerbeteiligung interessieren. Sie beinhaltet Informationen zu Theorie und Praxis von Partizipation sowie eine Methodendatenbank, die durch aktuelle Praxisbeispiele fortlaufend aktualisiert wird. Weiterführende Literatur ist in einem Literaturverzeichnis angelegt.

- 635-Methode	- Democs	- Kopfstand	- Referendum
- Aktivierende Befragung	- Denkhüte	- Markt der Möglichkeiten	- Runder Tisch
- Ampelmethode	- Dragon Dreaming	- Mediation	- Schweigediskussion
- Anwaltsplanung	- Dyade	- Mind Map	- Storytelling
- Appreciative Inquiry	- Dynamic Facilitation	- Mobile Bürgerversammlung	- Streitgespräch
- Barcamp	- Entscheidungstorte	- Open-Space-Konferenz	- Studienzirkel
- Blitzlicht	- Ephesos-Modell	- Paradoxe Intervention	- Systemisches Konsensieren
- Bürgerausstellung	- Evaluationsziele	- Participatory Strategic Planning	- Szenario-Workshop
- Bürgerdialog	- Fishbowl	- Partizipatives Backcasting	- Telegramm
- Bürgerforum	- Fokusgruppe	- Partizipatives Reallabor	- Themenforum
- Bürgergipfel	- Ideenkarussell	- Petition	- Town Hall Meeting
- Bürgergutachten	- Indaba-Methode	- Planning for Real	- Trialog
- Bürgerhaushalt	- Karussellgespräch	- Planspiel	- Vor-Ort-Begehung
- Bürgerpanel	- Kommunalen Planungsworkshop	- Planungszelle	- World Café
- Bürgerrat	- Kompetenzwerkstatt	- Real Time Strategic Change	- Zukunftskonferenz
- Charette	- Konsenskonferenz		- Zukunftswerkstatt
- Das Rote Sofa	- Konversationscafé		
- Deliberative Polling	- Kooperativer Diskurs		
- Delphi-Befragung			

INSTITUT FÜR PARTIZIPATIVES GESTALTEN (2017): Gut Beteiligt.

<https://gut-beteiligt.de/formate/> (05.04.2018)

Das Beteiligungstool GUT BETEILIGT bietet online wertvolle Informationen, Anregungen und Orientierungshilfen zur Gestaltung von geplanten Beteiligungsprojekten. Anhand einer Beteiligungsleinwand führt es durch die einzelnen Schritte eines Beteiligungsprozesses und stellt nicht nur viele Methoden vor, sondern nennt zu den einzelnen Methoden weiterführende Literatur.

- 21st Century Town Hall Meeting	- Charette	- Kommunalen Planungsworkshop	- Mediation
- Adhocracy	- Citizens Jury	- Kompetenzwerkstatt	- National Issue Forum
- Appreciative Inquiry	- Deliberative Polling	- Konfliktlösungskonferenz	- Open Space
- Bar Camp	- Demokratiewerkstatt	- Konsensuskonferenz/ Bürgerkonferenz	- Perspektivenwerkstatt
- Bürgergutachten/ Planungszelle	- Diskursive Bürgerversammlung	- Local Issue Forum	- Planning for Real
- Bürgerhaushalt	- Fix my Street		- Planungswerkstatt
- Bürgerrat	- Gemeinnsinnwerkstatt		- Zukunftskonferenz
			- Zukunftswerkstatt

MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INNOVATION, DIGITALISIERUNG UND ENERGIE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN (Hrsg.) (2017): Werkzeugkasten Dialog und Beteiligung. Ein Leitfaden zur Öffentlichkeitsbeteiligung. 187 Seiten.

[https://www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/fileadmin/download/Werkzeugkasten Dialog und Beteiligung_2017.pdf](https://www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/fileadmin/download/Werkzeugkasten_Dialog_und_Beteiligung_2017.pdf) (05.04.2018)

Der Werkzeugkasten richtet sich an Vorhabenträger und Projektentwickler/innen in Industrie, Energie und Infrastruktur, Vertreter/innen von Planungsbehörden, Kommunal- und Bezirksverwaltungen sowie Treiber und Initiator/innen von Dialogverfahren in NRW. Der Schwerpunkt liegt auf informellen Dialogverfahren als Ergänzung zu Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen von formellen Planungsverfahren. Er bietet einen Einblick in das Handwerkszeug, mit dem informelle Dialogverfahren initiiert und erfolgreich umgesetzt werden können. Einzelne Instrumente und Techniken werden vorgestellt und hinsichtlich ihrer Funktion und Einsatzmöglichkeiten bewertet.

- 21st Century Meeting	- Dialogmarkt	- Open Space	- Rapid Future Fabrication
- Anwaltsplanung	- Expertenhearing	- Ortsbegehung	- Runder Tisch
- Beteiligungs-Scoping	- Fachvortrag	- Panel-Befragung	- Szenarioprozess
- Bürgerbüro	- Faktenklärung	- Planungszelle	- Werkstatt
- Bürgerhaushalt	- Fokusgruppe	- Podiumsdiskussion	- World-Café
- Bürgerrat	- Informationsmaterialien	- Pressemitteilung	- Zukunftskonferenz
- Bürgerstammtisch	- Informationsstand	- Qualitative Interviews	
- Bürgerversammlung	- Konsensuskonferenz	- Quantitative Befragungen	
- Charrette-Verfahren			

ORTHMANN, T. (2017): Wegweiser breite Bürgerbeteiligung: Argumente, Methoden, Praxisbeispiele. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). 59 Seiten.

[https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige Demokratie gestalten/Wegweiser breite Beteiligung FINAL.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Wegweiser_breite_Beteiligung_FINAL.pdf) (06.04.2018)

Der Wegweiser gibt Hilfestellungen für Organisator/innen einer Bürgerbeteiligung, um eine breite Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Anhand von Praxisbeispielen werden Methoden verdeutlicht und daraufhin aufgeschlüsselt, für welche Art der Beteiligung (gesamte Bürgerschaft, räumlich und thematisch betroffene Bürger/innen, Bürger/innen als Angehörige spezifischer Gruppen) sie sinnvoll sind.

- Aufsuchende Beteiligung	- Crossmediale Ansprache	- Nachbarschaftstreffen	- World Café
- Befragung	- Event Projekte	- Planning for Real	- Zielgruppengerechte Ansprache
- Begleitgruppe	- Fokusgruppengespräche	- Quartiersrundgang	
- Bürgerrat			

PATZE-DIORDIYCHUK, P. et al. (Hrsg.) (2017): Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung I: Beteiligungsprozesse erfolgreich planen. 208 Seiten.

Kosten: 24,95 €

<https://www.oekom.de/nc/buecher/gesamtprogramm/buch/methodenhandbuch-buergerbeteiligung-i.html> (13.04.2018)

Der Sammelband besteht aus fünf Bänden, (Band 3-5 erscheinen in den kommenden drei Jahren). Richtet sich an Kommunalverwaltungen, Personen, die als Berater/innen und Moderator/innen Beteiligungsprozesse begleiten, Akteure aus der Kommunalpolitik sowie kommunale Vereine, Bürgerinitiativen und Ver-

bände. Insgesamt nehmen die fünf Bände den gesamten Beteiligungsprozess in den Blick von der Auftragsklärung bis zur Ergebnis- und Lerntransfersicherung und stellen ein breites Set an Methoden vor. Der erste Band widmet sich Erhebungstechniken und Analysetechniken.

- | | | | |
|--|---|-------------------------------------|---|
| - Dokumentenanalyse
- Exploratives Interview
- Feldbeobachtung | - Schriftliche Befragung
- Zielfindungsworkshop
- Risikoanalyse | - SWOT-Analyse
- Nutzwertanalyse | - Ursachen-Wirkungs-Analyse
- Stakeholderanalyse |
|--|---|-------------------------------------|---|

PATZE-DIORDIYCHUK, P. et al. (Hrsg.) (2017): Methodenhandbuch Bürgerbeteiligung II: Passende Beteiligungsformate wählen. 368 Seiten.

Kosten: 34,95 €

<https://www.oekom.de/nc/buecher/gesamtprogramm/buch/methodenhandbuch-buergerbeteiligung-ii.html> (13.04.2018)

Der zweite Band der Reihe gibt Hilfestellungen, Argumente zu erkennen und Interessen zu verstehen, Ideen zu sammeln und Szenarien zu erarbeiten, Visionen zu entwerfen und Aktionspläne zu entwickeln, Interessen zu integrieren und Konflikte zu lösen.

- | | | | |
|---|---|---|--|
| - Aktivierende Befragung
- Einwohnerversammlung
- Bürgerpanel
- Partizipative Rasche Erhebung
- Planungszelle | - Moderationsmethode
- Open Space Conference
- Zukunftswerkstatt
- Szenariotechnik
- Sechs Denkhüte | - Planungsworkshop
- Zukunftskonferenz
- Appreciative Inquiry
- Planning for Real
- Real Time Strategic Change Conference | - Mediation
- Konsensuskonferenz
- Dynamic Facilitation
- CODM-Modell
- Konfliktlösungskonferenz |
|---|---|---|--|

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) (2016): Methodenübersicht.

<http://www.partizipativ-innovativ.de/> (05.04.2018)

Die Toolbox für partizipative Innovationsprozesse richtet sich an Akteure aus Zivilgesellschaft und Politik, die zu verschiedenen Themen eine gelingende Bürgerbeteiligung durchführen wollen, sowie Unternehmen, die Innovationsprozesse partizipativ gestalten möchten. Die Methoden sind aufgeteilt nach den Anwendungsbereichen Unternehmen sowie Zivilgesellschaft und Politik. Zu den Methoden wird auf Praxisbeispiele und weiterführende Literatur verwiesen sowie für bestimmte Methoden zu Online-Materialien verlinkt.

- | | | | |
|--|--|--|---|
| - 6-Hüte
- Analogietechnik
Brainstorming
- Fokusgruppen
- Gruppen-Delphi
- Ideenwettbewerbe
- Konsensuskonferenz
- Open Space | - Lead User
- LivingLab
- Mind-Mapping
- Nutzerinnvoationsworkshops
- Partizipative Produktbewertung | - Partizipative Szenarioentwicklung
- Pinnwandmoderation
- Stakeholderdialoge
- Stakeholder-Workshops
- Storytelling | - Umkehrtechnik
- User Toolkit
- World Café
- Zukunftsprojektion |
|--|--|--|---|

BERTELSMANN STIFTUNG (Hrsg.) (2015): Beteiligungskompass.

<http://www.beteiligungskompass.org/> (06.04.2018)

Diese Plattform bietet praxisrelevante Informationen zur Umsetzung von Vorhaben der Bürgerbeteiligung. Es werden Grundlagen vermittelt und Hilfestellungen bei der Planung durch Methoden und Leitfäden gegeben, die anschließend mit Praxisbeispielen veranschaulicht werden. Auf der Seite sind Methoden und Instrumente zur Umsetzung von Bürgerbeteiligungen zu finden, die nach Themenbereichen und Medium gefiltert werden können.

<ul style="list-style-type: none"> - 21st Century Town Meeting - Action Learning/ Handlungsorientiertes Lernen - Aktivierende Befragung - Appreciative Inquiry - BarCamp - Bürgerdialog - Bürger-Forum - Bürgerhaushalt - BürgerKompass - Bürgerpanel - Bürgerräte - Charrette-Verfahren - Citizens Summits - COIN - Conversation Café 	<ul style="list-style-type: none"> - Crowd Wise - Deliberative Mapping - Deliberative Polling - Delphi-Befragung - Democs - Design Thinking - Dynamic Facilitation - Elektische Petition - E-Panel - Fishbowl - Fokusgruppe - Forum Theater - Gemeinschaftsentwicklung - Konfliktlösungskonferenz - Konsensorientiertes Abstimmungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> - Konsensuskonferenz - Koproduktion/ Crowdsourcing - Liquid Democracy - Mediation - Meinungsumfrage - Online-Konsultation - Open Space - Paowao-Modell - Participatory Appraisal - Participatory Strategic Planning - Participatory Video - Planning for Real - Planungswerksatt - Planungszelle - Real Time Strategic Change 	<ul style="list-style-type: none"> - Referendum - Runder Tisch - Schriftliche Anhörung - Schülerhaushalt - Studienzirkel - Szenario Technik - Virtuelle Welten - Vorschlagswesen/ Petition - Walt-Disney-Methode - WDW-Dialog Digital - WDW-Mängelmelder - World Café - Zukunftskonferenz
---	---	---	--

BUNDESMINISTERIUM FÜR NACHHALTIGKEIT UND TOURISMUS, ÖSTERREICH (Hrsg.): Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa.

<http://www.partizipation.at/methoden.html> (05.04.2018)

Diese Seite vermittelt theoretisches und praktisches Hintergrundwissen zu Bürgerbeteiligung und Partizipation mit Informationen zu Anwendungsfeldern, Stufen der Beteiligung, Ablauf, Nutzen und Grenzen an. Daran anknüpfend werden verschiedene Methoden vorgestellt, die nach Gruppengröße (klein, mittel, groß), zur Verfügung stehender Zeit (einzelne Tage, mehrere Wochen, mehrere Monate) und Beteiligungsstufe (Information, Konsultation, Mitbestimmung) unterschieden werden. Bei einigen Methoden wird auf detailliertere Beschreibungen und Praxisbeispiele verwiesen, zu denen über Links der Zugang hergestellt ist.

<ul style="list-style-type: none"> - Agenda Konferenz - Aktivierende Befragung - Anwaltsplanung - Appreciative Inquiry - Bürgerrat - Bürgerversammlung - Community Organizing - Delphi-Befragung - Dialog 	<ul style="list-style-type: none"> - Dyade - Dynamic Facilitation - Epesos-Modell - Fish Bowl - Fokusgruppe - Gewaltfreie Kommunikation - Holacracy - InternetForum 	<ul style="list-style-type: none"> - Kooperativer Diskurs - Laddering - Mediation - Neo-Sokratischer Dialog - Open Space Konferenz - Planning for Real - Planspiel - Planungszelle 	<ul style="list-style-type: none"> - SUP am runden Tisch - Systemisches Konsensieren - THANCs - Workshop - World Café - Zukunftskonferenz - Zukunftswerkstatt
--	---	--	--

- Dragon Dreaming	- Konsensuskonferenz	- Runder Tisch - Soziokratie	
<p>WEGWEISER BÜRGERGESELLSCHAFT: Methoden & Verfahren von A bis Z. <i>Stiftung Mitarbeit</i> (Hrsg.). www.buergergesellschaft.de (06.04.2018)</p> <p>Der Wegweiser Bürgergesellschaft richtet sich an alle, die an Bürgerbeteiligung interessiert sind und gibt umfassende Informationen und Praxishilfen zum Thema Bürgerbeteiligung in Kommunen, Bund/Ländern und auf europäischer Ebene. Zu den einzelnen vorgestellten Methoden sind jeweils Praxisbeispiele zur Veranschaulichung zu finden.</p>			
<ul style="list-style-type: none"> - AI – Appreciative Inquiry - Aktivierende Befragung - Anwaltsplanung - Arbeitsbuchmethode - Bürgerausstellung - Bürgerpanel - Community Organizing - Demokratiewerkstatt - Diskurs - Walt-Disney-Methode 	<ul style="list-style-type: none"> - eDemocracy - Gemeinn-Werkstatt - Gemeinwesenarbeit (GWA) - Kommunalen Planungsworkshop - Kompetenzwerkstatt - Konfliktlösungskonferenz - Konsensuskonferenz - Mediation 	<ul style="list-style-type: none"> - Moderationsmethode - Open Space - Perspektivenwerkstatt - Planning for Real - Planspiel und Handlungsspiel - Planungswerkstatt - Planungszelle (Bürgerforen) - Participatory Rapid Appraisal (PRA) 	<ul style="list-style-type: none"> - Real Time Strategic Change (RTSC) - Runder Tisch - Stadtteilforen - Szenariotechnik - Zukunftskonferenz - Zukunftswerkstatt
<p>NANZ, P. & FRITSCH, M. (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. <i>Bundeszentrale für politische Bildung</i> (Hrsg.). Schriftenreihe Band 1200. 144 Seiten. http://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf (05.04.2018)</p> <p>Das Handbuch richtet sich an Interessierte von Bürgerbeteiligung. Es leistet Hilfestellung bei der Wahl des richtigen Teilnahmeverfahrens oder der richtigen Methode. Außerdem ist es Ziel, Bürger/innen als „zu Teilnehmende“ eine Möglichkeit zu bieten auf gleicher Augenhöhe mit den Anbieter/innen zu handeln und zu diskutieren. Es wird auf die Einflussfaktoren Dauer der Bürgerbeteiligung, Gruppengröße, Auswahl der Teilnehmenden, Kommunikation unter den Teilnehmenden eingegangen und die Funktionen von Teilnahmeverfahren erläutert. Anschließend werden verschiedene Methoden vorgestellt.</p>			
<ul style="list-style-type: none"> - 21st Century Town Meeting - Appreciative Inquiry - Bürgergutachten/Planungszelle - Bürgerhaushalt 	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerpanel - Bürgerrat - Charrette - Deliberative Polling - Konsensuskonferenz/Bürgerkonferenz 	<ul style="list-style-type: none"> - Mediation National Issues Forum - Open-Space-Konferenz - Planning for Real - Szenario-Workshop/Konferenz 	<ul style="list-style-type: none"> - World Café - Zukunftskonferenz - Zukunftswerkstatt
<p>L.I.S.T. STADTENTWICKLUNGSGESELLSCHAFT mbH (2012): Handbuch zur Partizipation. <i>Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin</i> (Hrsg.). 2. Auflage. 339 Seiten. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf (05.04.2018)</p> <p>Dieses Handbuch richtet sich an die Mitarbeiter/innen der Berliner Verwaltung, kann aber von allen genutzt werden, die Interesse daran haben, Partizipation besser zu verstehen und die Möglichkeiten von</p>			

Partizipation in Ihren Aufgabenbereichen aktiv zu nutzen, um die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Nach einer Einführung in das Thema Partizipation und Fallbeispielen aus Berlin werden verschiedene Methoden kurz mit Hinweis auf Beteiligungsstufe, Gruppengröße und Zeitaufwand genannt. Außerdem wird darauf hingewiesen, wenn eine Methode in einem Praxisbeispiel verwendet wurde. Anschließend sind noch Checklisten zu den verschiedenen Phasen des Partizipationsprozesses inbegriffen.

- Agendakonferenz	- Brettspiele	- Ideenworkshop	- Planungswerkstatt/-workshop
- Aktivierende Befragung (Bürgersteig-/Treppenhausegespräche)	- Bürgerpanel	- Kartenabfrage	- Planungszelle
- Brainwalking/ Brainstorming	- Bürgerversammlung	- Onlinedialog	- Runder Tisch
	- Charretverfahren	- Open Space	- World Café
	- Fantasiereise	- Ortsbegehung	- Zukunftskonferenz
	- Fish Bowl	- Planning for Real	- Zukunftswerkstatt
	- Fokusgruppen		

FLEISCHHAUER, M. et al. (2011): Planung und Umsetzung einer Kommunikations- und Beteiligungsstrategie im Hochwasserrisikomanagement. Verfahrensleitfaden und Methodenbaukasten. 80 Seiten.

http://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/umweltthemen/nachhaltigkeit/IMRA_Handbook_2012_GER_web.pdf (05.04.2018)

Der Verfahrensleitfaden und Methodenbaukasten richtet sich an die mit der Umsetzung der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie befassten Fach- und Planungsbehörden auf regionaler und kommunaler Ebene. Der Leitfaden leistet einen Beitrag zur Planung und Umsetzung von Kommunikations- und Beteiligungsstrategien im Hochwasserrisikomanagement und gibt eine Anleitung für die verschiedenen Schritte eines erfolgreichen Kommunikations- und Partizipationsprozesses im Hochwasserrisikomanagement. Im Anschluss werden verschiedene Maßnahmen dahingehend erläutert in welchen Schritten und Anwendungsbereichen sie nutzbar sind.

- Akteursworkshop	- Online-Chat	- Virtuelles soziales Netzwerk	- Welt-Café
- Befragungen (Interviews/Fragebögen)	- Schulprojekt		- Workshop

ARBTER, K. (2012): Praxisbuch Partizipation. Gemeinsam die Stadt entwickeln. *Magistrat der Stadt Wien* (Hrsg.). 123 Seiten.

<https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008273.pdf> (05.04.2018)

Das Praxisbuch richtet sich an Mitarbeiter/innen des Wiener Magistrats, um sie bei der professionellen Vorbereitung und Durchführung von Beteiligungsprozessen zu unterstützen. Im Mittelpunkt des Praxisbuches stehen Beteiligungsprozesse, die nicht rechtlich geregelt sind und frei gestaltet werden können. Nach der Erläuterung des Nutzens von Beteiligung und wichtiger Grundbegriffe zur Partizipation wird der Partizipationsprozess in einzelnen Schritten erläutert jedoch ohne ein fertiges Prozessdesign zu definieren. In einem Prozessplaner können aber Beteiligungsprozesse maßgeschneidert konzipiert werden. Die Methoden sind in einem Raster nach Eignung, Zielgruppe und Anwendung dargestellt und können entsprechend der Partizipationsziele ausgewählt werden. Anhand von Beispielen aus Wien und anderen Städten werden einige Methoden beschrieben.

- 21st Century	- Forumtheater	- Open Space	- Speed-Dating
- Aktivierende Befragung	- Frühstück im öffentlichen Raum	- Öffentlicher Planungs-Workshop	- Stellungnahmeverfahren
- Anwaltsplanung	- Grätzelbeirat	- Online-Dialog	- Stadtpaziergang
- Aushang		- Online-Ideen-Plattform	

<ul style="list-style-type: none"> - Ausstellung mit Marktständen - Arbeitsgruppe - Banner, Plakat, Schild - Bürger-Café - Bürger-Forum - Bürger-Panel - Bürger-Rat - Charrette - Dragon Dreaming - Dynamic Facilitation - Extranet-Dialog - Fest - Film - Fokusgruppe - Folder Flyer 	<ul style="list-style-type: none"> - Ideen-/Feedback-Briefkasten (mobil) - Ideenwettbewerb - Infobox - Interaktive Landkarte (online) - Interview - Konsensuskonferenz - Konsent-Prinzip (Soziokratie) - Mediation - (Modell)-Bau-Workshop - Moderiertes Online-Forum - Newsletter 	<ul style="list-style-type: none"> - Online-Tagebuch - Online-Umfrage - Online-Video-Übertragung - Placement-Methode - Planning for Real - Postwurf - Presseaussendung, Inserat - Probebetrieb, Simulation - Roadshow - Runder Tisch - SMS Info-Service - Soziale Medien 	<ul style="list-style-type: none"> - Systemisches Konsensieren - Town Meeting - Umfrage (repräsentativ) - Virtueller 3-D-Rundgang - Website - Wertschätzende Erkundung - Wiki - Workshop - World-Café - Zukunftskonferenz - Zukunftswerkstatt
--	---	--	--

MAUCH, S. (2012): Modelle, Instrumente und Methoden der informellen Bürgerbeteiligung. *Führungsakademie Baden-Württemberg* (Hrsg.).

https://www.bw21.de/Bildung21_Aktuell/Managementwissen/Buerger_beteiligen/Seiten/Modelle,-Instrumente-und-Methoden-der-informellen-B%C3%BCrgerbeteiligung.aspx (09.04.2018)

Diese Zusammenstellung beinhaltet eine Vielzahl von Beteiligungsmodellen, Instrumenten und Methoden, die im Zuge von Bürgerbeteiligungsprozessen im kommunalen Bereich angewendet werden können. Pro Methode wird auf Hauptzweck, besondere Voraussetzungen und Eignungen eingegangen. Für jede Methode ist auch ein Praxisbeispiel verlinkt.

<ul style="list-style-type: none"> - Appreciative Inquiry - Aktivierende Befragung - Anwaltsplanung - Arbeitsbuchmethode - Bürgerausschuss - Bürgerausstellung - Bürgerbefragung - Bürgerdialog - Bürgerforen (Perspektivwerkstatt, Zukunftsforum) - Bürgergipfel - Bürgerhaushalt 	<ul style="list-style-type: none"> - Bürgerpanel - Bürgerräte (Rat der Weisen, Wisdom Council) - Community Organisation - Deliberative Polling (Deliberationsforum) - Demokratiewerkstatt - Diskurs - e-Democracy - Gruppen-Delphi - Kompetenzwerkstatt - Konsensuskonferenz 	<ul style="list-style-type: none"> - Liquid Democracy - Marktplatzmethode - Mediation - Moderation - Öffentliches Picknick - Online-Konsultation - Open Space - Perspektivenwerkstatt - Planning for Real - Planspiele - Planungswerkstatt - Planungszelle 	<ul style="list-style-type: none"> - Participatory Rapid Appraisal - Real Time Strategic Change - Repräsentative Bürgerumfrage - Runder Tisch - Stadtteilforen - Walt-Disney Methode - Wertbaumverfahren - World Café - Zukunftskonferenz - Zukunftswerkstatt
---	--	--	---

ARBTER, K. (2011): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung: Praxisleitfaden. *Lebensministerium, Österreich & Bundeskanzleramt, Österreich* (Hrsg.). 148 Seiten.

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/praxisleitfaden_2011_72dpi_web.pdf (09.04.2018)

Der Praxisleitfaden richtet sich, mit dem Ziel die Öffentlichkeitsbeteiligung zu erleichtern, sie wirksamer zu machen und ihren Nutzen zu erhöhen, an die Öffentlichkeit, die politischen Entscheidungsträger/in-

nen und die Verwaltung. Er führt durch die verschiedenen Prozesse der Beteiligung (Vorbereitung, Durchführung, Evaluierung) und bietet ausgewählte Methoden zur Öffentlichkeitsbeteiligung (informativ, konsultativ, kooperativ) und Checklisten.

- Aktivierende Befragung	- Bürgerversammlung	- Presseaussendung/-konferenz	- Zeitungsinserat/-beilage
- Aushang	- Fokusgruppen	- Roadshow	- Zukunftskonferenz
- Aussendung	- Internetinformation	- Runder Tisch	- Zukunftswerkstatt
- Ausstellung	- Konsensuskonferenz	- SUP	
- Begutachtungs-/Stellungnahmeverfahren	- Mediation	- World Café	
- Bürgerrat	- Open Space		
	- Planungszelle		

ARBTER, K. (2009): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung: Empfehlungen für die gute Praxis. *Lebensministerium, Österreich & Bundeskanzleramt, Österreich* (Hrsg.). 32 Seiten

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/standards_der_oeffentlichkeitsbeteiligung_2008_druck.pdf (09.04.2018)

Die Empfehlungen sollen Verwaltungsmitarbeiter/innen bei der konkreten Durchführung qualitätsvoller Beteiligungsprozesse unterstützen und Hilfestellungen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung bieten. Es werden das Konzept und der Nutzen der Öffentlichkeitsbeteiligung erläutert und die Standards der verschiedenen Beteiligungsstufen verdeutlicht.

- Beteiligungsprozess (Vorbereitung, Durchführung, Monitoring und Evaluierung)	- Öffentlichkeitsbeteiligung (informativ, konsultativ, kooperativ)
--	--

STICKLER, T. (2008): Flood Risk II. Vertiefung und Vernetzung zukunftsweisender Umsetzungsstrategien zum integrierten Hochwasserschutz. Leitfaden: Öffentlichkeitsbeteiligung im Hochwasserschutz. *Lebensministerium, Österreich & Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Österreich* (Hrsg.). 141 Seiten.

<https://www.bmvit.gv.at/service/publikationen/verkehr/schifffahrt/downloads/floodrisk.pdf> (05.04.2018)

Der Leitfaden bietet passende Materialien und Unterlagen für Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen von integriertem Hochwassermanagement und ergänzt diese durch Erfahrungsberichte mit dem Ziel, Beteiligungsprozesse so gut wie möglich zu planen und zu strukturieren. Das Angebot richtet sich nicht nur an interessierte Bürger/innen, sondern auch an Politik und Verwaltung. Nach einem Abriss über bekannte Vorteile und Grenzen von Beteiligungsverfahren gibt es einen Überblick über die Intensitätsgrade von Beteiligung sowie die ersten Schritte zur Planung und eine Checkliste zum Prozessdesign. Methoden werden in einer Methodenmatrix nach Prozessphase und Beteiligungsintensität gegenübergestellt und kurz erläutert.

- Aktivierende Befragung	- (Bürger-)Versammlung, Veranstaltung	- Kooperative Planungsverfahren	- (Planungs)-Workshops
- Anwaltsplanung	- Einzel-Gespräche	- Mediation	- Runder Tisch
- Arbeitsgruppe, Beirat, Ausschuss	- Fishbowl	- Open Space	
- Begehung	- Konfliktmoderation	- Planspiel	

ARBTER, K. et al. (2005): Das Handbuch. Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten. *Lebensministerium, Österreich & Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik* (Hrsg.). 64 Seiten.

https://www.oegut.at/downloads/pdf/part_hb-oeff-beteiligung.pdf (05.04.2018)

Das Handbuch vermittelt Einblicke, bietet Informationen und stellt eine Einführung in die Öffentlichkeitsarbeit Österreichs dar. Durch Praxisbeispiele soll die Lust von Bürger/innen geweckt werden, sich an der Mitgestaltung ihrer Lebensräume zu beteiligen und an einer aktiven Öffentlichkeitsbeteiligung teilzunehmen. Das Handbuch beinhaltet außerdem Checklisten zu Beteiligungsprozessen (Initiierung, Vorbereitung, Durchführung, Öffentlichkeitsarbeit) und eine Auswahl verschiedener Methoden, die nach Beteiligungsstufe, Gruppengröße und Zeitaufwand strukturiert sind.

- Aktivierende Befragung	- Konsensuskonferenz	- Runder Tisch	- Zukunftskonferenz
- Bürger-Versammlung	- Mediation	- SUP	
- Internet-Forum	- Open Space	- Zukunftswerkstatt	

6.2.2. Checklisten

ADER, M. et al. (2017): Qualität von Bürgerbeteiligung: Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen. *Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.). 31 Seiten.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Qualitaet_von_Buergerbeteiligung_final.pdf (06.04.2018)

Die Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen bieten Hilfestellungen, wie Bürgerbeteiligungen erfolgreich umgesetzt werden können. Sie richten sich an Initiator/innen, Organisator/innen, Moderator/innen und alle anderen Mitwirkenden von Beteiligungsprozessen.

- Bereitschaft zum Dialog	- Verpflichtung aller Beteiligten	- Gemeinsame Verständigung auf Verfahrensregeln	- Transparenz und verlässlicher Informationsaustausch
- Beachtung der Themen, Akteure, Rahmenbedingungen	- Ausreichende Ressourcen	- Sorgfältige und kompetente Prozessgestaltung	- Lernen aus Erfahrungen
- Klare Ziele und Mitgestaltungsmöglichkeiten	- Vielfältige Mitwirkung		

CHARLIER, C. et al. (2017): Transparenz bei Bürgerbeteiligung: Handreichung für Projektverantwortliche. *Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.). 49 Seiten.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Transparenz_bei_Buergerbeteiligung.pdf (06.04.2018)

Die Handreichung gibt Projektverantwortlichen und Entscheider/innen praktische Hilfen zur Herstellung von Transparenz in Beteiligungsprojekten. Außerdem vermittelt sie, welche zentralen Punkte eines Vorhabens in jedem Fall kommuniziert werden müssen und gibt Hinweise zur nachhaltigen Sicherung von Transparenz. Die Handreichung ist in mehrere unabhängige Module gegliedert, die sich gegenseitig ergänzen und aufeinander aufbauen, aber auch alleinstehend genutzt werden können. Es werden Methoden zu unterschiedlichen Transparenztypen genannt.

- Themeneinstieg mit minimalen Barrieren	- Rohdaten und Volltext	- Vermittelnde Organisationen	- Informationswunsch verstärken
--	-------------------------	-------------------------------	---------------------------------

HOFFMANN, E. & RUPP, J. (2017): Wie Beteiligung zu Klimaanpassung gelingt: Checkliste mit Erfolgsfaktoren, *Institut für ökologische Wirtschaftsforschung* (Hrsg.) im Auftrag des Umweltbundesamts, Dessau-Roßlau, 05.12.2017. 9 Seiten.

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2666/dokumente/wie_beteiligung_zu_klimaanpassung_gelingt_-_checkliste_mit_erfolgsfaktoren.pdf (06.04.2018)

Ziel der Checkliste ist es, Initiator/innen und Beteiligte dazu zu befähigen Beteiligungsprozesse zur Klimaanpassung erfolgreich umzusetzen. Sie richtet sich an kommunale und regionale Träger/innen von Planungs- und Umsetzungsprozessen zur Klimawandelanpassung, Akteure von Bund, Ländern und Kommunen, organisierte Zivilgesellschaft (Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen), Akteure aus der Wirtschaft und beratende Dienstleister für Beteiligungsverfahren.

- Übergreifende Erfolgsfaktoren für Beteiligungsprozesse

- Ergänzende Erfolgsfaktoren für Beteiligungsprozesse

ARBTER, K. et al. (2003): Checklisten für Rahmenbedingungen und Qualitätskriterien partizipativer Verfahren im öffentlichen Bereich. *Lebensministerium, Österreich* (Hrsg.) Arbeitsblätter zur Partizipation Nr. 1. 6 Seiten.

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Arbeitsblaetter_neu/AB1_Partizipation.pdf (05.04.2018)

Die Checklisten richten sich an Personen, die partizipative Verfahren initiieren, wie Behörden, Projektwerbende, Bürger/innen, Prozessbegleitende und NGOs. Sie sollen eine Hilfestellung sein, den Erfolg partizipativer Verfahren durch Prüfung der relevanten Rahmenbedingungen im Vorfeld sicherzustellen.

- Rahmenbedingungen partizipativer Verfahren

- Qualitätskriterien partizipativer Verfahren

6.2.3. Praxisbeispiele: Anpassung an den Klimawandel

UMWELTBUNDESAMT (Hrsg.) (2018): Tatenbank.

<https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/werkzeuge-der-anpassung/tatenbank> (06.04.2018)

In der KomPass Tatenbank sind Maßnahmen und Projekte zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Deutschland verzeichnet. Mit Schwerpunkt auf lokalen und regionalen Praxisprojekten und Einzelmaßnahmen kann diese Seite Interessierten Anregungen und spannende Beispiele zum Thema Klimaanpassung in Kommunen geben. In den Projektbeschreibungen wird auch auf Beteiligung eingegangen.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT (Hrsg.) (2017): Anpassung an den Klimawandel Förderprogramm. Übersicht der geförderten Projekte.

https://www.ptj.de/lw_resource/datapool/systemfiles/cbox/1173/live/lw_file/gefoerderte_projekte_das-programm.pdf (06.04.2018)

Diese Datei bietet eine Übersicht über die geförderten Projekte des Bundesumweltministeriums zur Anpassung an den Klimawandel. Bei den Projektbeschreibungen sind die Projektseiten für nähere Informationen verlinkt. Viele der Projekte umfassen Bürger- oder Stakeholderbeteiligung.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISTIK gGmbH (DIFU) (Hrsg.): KommAKlima. Kommunale Strukturen, Prozesse und Instrumente zur Anpassung an den Klimawandel in den Bereichen Planen, Umwelt und Gesundheit.

Die Publikationen (s. u.) richten sich vor allem an Mitarbeiter/innen der kommunalen Verwaltung aus den Bereichen Stadtentwicklung, Planen, Bauen, Umwelt, Gesundheit, Soziales sowie weiteren Ressorts und Fachabteilungen.

KÜNZEL, S. (2015): Klimaanpassung in der Kommune organisieren und strukturieren – Ergebnisse einer Werkstattreihe in den Themenschwerpunkten Planen und Bauen sowie Umwelt und Natur. *Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Difu)* (Hrsg.). 65 Seiten.

2015 – Hinweise für Kommunen 4: Klimaanpassung in der Kommune organisieren und strukturieren – Ergebnisse einer Werkstattreihe in den Themenschwerpunkten Planen und Bauen sowie Umwelt und Natur. 65 Seiten

<http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag7/projekt/kommaklima.html> (06.04.2018)

In diesem Heft werden anhand von Praxisbeispielen verschiedener Modellkommunen die Ergebnisse verschiedener KommAKlima-Werkstätten dokumentiert. Darüber hinaus wird auf verwaltungsinterne Organisationsstrukturen für die Klimaanpassung, die Einbindung verwaltungsexterner Akteure und die finanziellen Unterstützungsstrukturen für die Klimaanpassung in Kommunen eingegangen. Außerdem werden Prozesse zur Integration der Kommunalverwaltung in den KommAKlima-Modellkommunen und Instrumente zur Klimaanpassung in den Bereichen Planen und Umwelt näher betrachtet.

BRODNER, B. & MCCALL, T. (2015): Handlungsempfehlungen für die Praxis. *Universität Bielefeld* (Hrsg.). 23 Seiten.

2015 Hinweise für Kommunen 8: Handlungsempfehlungen für die Praxis. 23 Seiten

<http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/ag7/projekt/kommaklima.html> (06.04.2018)

Dieses Heft bietet Handlungsempfehlungen für die kommunale Praxis sowie eine Übersicht über Finanzierungs- und Beratungsmöglichkeiten zum Thema Klimaanpassung.

Kontakt

Veranstalter:

Umweltbundesamt (UBA)

KomPass – Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung

Sebastian Ebert

Wörlitzer Platz 1

D-06844 Dessau-Roßlau

Tel.: +49 (0)340-2103-3122

Fax: +49 (0)340-2104-3122

E-Mail: sebastian.ebert@uba.de

www.anpassung.net



Konzeption und Durchführung:

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) GmbH, gemeinnützig

Dr. Esther Hoffmann, Johannes Rupp

Potsdamer Straße 105

D-10785 Berlin

Tel. +49 (0)30-884 594-0

Fax +49 (0)30-882 543 9

E-Mail: esther.hoffmann@ioew.de; Johannes.Rupp@ioew.de

www.ioew.de

